

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich 52mal. — Preis monatlich 1.25 und
jährlich 12.50 (Befehlsgeld, beim eigenen Postamt bestellt). — Für
Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Befehlsgeld 30 Pf. Bei Anzeigen unter 25 g je Tag 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 32.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 7. Februar 1931.

13. Jahrgang.

Ein fester Blick, ein hoher Mut,
Die sind zu allen Zeiten gut.

Beckstein.

Die landwirtschaftliche Woche in Berlin!

Stimmungsbild.

Die Hauptstadt des Deutschen Reiches steht augenblicklich im Zeichen der landwirtschaftlichen Woche. Schon rein äußerlich bemerkt man in den Berliner Straßen, in den Lokalen und an den Verkehrsplätzen ein ungewohntes Bild. Tausende von Landwirten halten sich in Berlin auf, um die landwirtschaftliche Ausstellung zu besuchen oder an den Tagungen des Reichslandbundes oder der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft teilzunehmen.

Sichtlich der landwirtschaftlichen Ausstellung gibt es Menschen, die meinen, in dieser Zeit der Not eine solche kostspielige Ausstellung nicht stattfinden lassen zu sollen. Schon im vorigen Jahre schrieb eine den Gewerkschaften nahestehende Zeitung, daß es ein Unfug wäre, in der Zeit allgemeiner Not pompöse Ausstellungen zu veranstalten. Dieser Auffassung kann man keinesfalls zustimmen, denn ebenso, wie andere Berufsstände, bedarf auch die Landwirtschaft eines Fortschrittes der Technik, Austausch von Erfahrungen, Aussprachen zwischen Wissenschaft und Praxis und dergleichen mehr. Allen diesen Aufgaben dient die „Grüne Woche“ mit ihren hundertfachen Veranstaltungen. Die landwirtschaftliche Maschinenindustrie zeigt ihre Produktion und führt auf freiem Gelände ihre technischen Errungenschaften vor. Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft veranstaltet bei dieser Gelegenheit zahlreiche Vorträge, aus denen jeder etwas Aufbringendes mit nach Hause nehmen kann. Aber auch die Landwirtschaft selbst zeigt, welche Fortschritte auf den verschiedensten Gebieten landwirtschaftlicher Betätigung erreicht worden sind. Schon im Ehrenhof der „Grünen Woche“ fällt das dorstehende Zehnmilliardenmodell auf, welches dem Besucher zeigt, daß die landwirtschaftliche Produktion jährlich ungefähr diesen Betrag aufzuweisen hat. Es ist jedoch sehr interessant, daselbst auch den Beweis zu finden, daß diese 10 Milliarden landwirtschaftlicher Produktion, an der so und so viele Zwischenhändler verdienen, den Verbrauchern mehr als das Doppelte kosten. Wenn man von dem berechtigten Zwischenhandel absieht, dann ergibt sich, daß in weitgehendem Maße müßeloses Spekulationsgewinne erzielt werden und die Landwirtschaft dadurch um den Lohn ihrer Arbeit gebracht wird. Hier gilt es einzusetzen, um den Weg vom Erzeuger zum Verbraucher wesentlich zu verkürzen. Man darf dabei vielleicht der Meinung sein, daß eine Verkürzung dieses Weges sich erfolgreicher auswirken wird, als der von der Regierung teilweise vorgeschlagene oder vorgeschriebene Preisabbau.

Erfreulich ist es, beobachten zu können, daß die Molkerei-Erzeugnisse, wie überhaupt die Milchproduktion nennenswerte Fortschritte aufzuweisen hat. Wenn von Regierungsseite dieser Produktion der nötige Schutz zuteil wird, wozu die Möglichkeit absolut vorhanden ist, dann würden sich daraus bemerkenswerte Aufstiegsmöglichkeiten der deutschen Landwirtschaft ergeben. Alles in allem darf angenommen werden, daß die landwirtschaftliche Woche nicht nur den erzielten Fortschritt in der Landwirtschaft und der ihr nahestehenden landwirtschaftlichen Industrie zeigt, sondern auch dazu beiträgt, ein besseres Sichverstehen zwischen Erzeuger und Verbraucher herbeizuführen. Sollte dieses Ziel auch nur zum Teil erreicht werden, dann dürfte damit ein wesentlicher Zweck der Ausstellung erfüllt sein.

In die „Grüne Woche“ fällt alljährlich auch die große Seierschau des Reichslandbundes. Auch in diesem Jahre hatten sich zahlreiche Gutsbesitzer und Bauern, zum Teil mit ihren Frauen, im Zirkus Busch eingefunden. Der Zirkus Busch ist für die Landbewegung bereits zu einer historischen Stätte geworden. Schon der Bund der Landwirte hielt hier in früherer Zeit seine Riesensammungen ab. Am vorigen Montag handelte es sich nun darum, des 10. Gründungstages des Reichslandbundes mit einer Massenkundgebung zu gedenken. Wer freut sich nicht beim Anblick dieser wetterharten, gebräunten Gestalten, die ernst und mit entschlossenem Willen sich versammelt haben, um für ihren Berufsstand zu kämpfen. Allerdings sah man nicht, wie in früheren Jahren fröhliche Gesichter mit Feststimmung, sondern die Not der Zeit war deutlich erkennbar auf den

Gesichtern der Versammlungsbefucher. Auch die zahlreichen Führendeputationen des Junglandbundes und der Reitvereine hatten ihre Fahnen mit einem Trauerflor versehen, um, wie der Präsident Lindt, der die Riesensammlung eröffnete, zum Ausdruck brachte, die Trauer darüber kund zu tun, daß das väterliche Erbe nicht mehr geschützt und schon zum großen Teil verloren gegangen sei. Diese Stimmung klang dann auch durch alle Reden hindurch, die von den drei Präsidenten des Reichslandbundes gehalten wurden. Aber nicht nur die Trauer um das Verlorene wurde zum Ausdruck gebracht, sondern auch in mehr oder weniger scharfer Form der Kampfeswille gegen diejenigen, welche die höchst bedauernde Lage der Landwirtschaft verschuldet haben. Wenn der erste Redner, Reichstagsabgeordneter Lindt, zum Ausdruck brachte, genau, wie er das schon einmal vor 28 Jahren getan habe, daß es im Kampf um die deutsche Landwirtschaft keinen Westen und keinen Osten gäbe, sondern nur einen einheitlichen gemeinsam kämpfenden Berufsstand, ging der zweite Redner, Graf Kaldereuth eingehend der Frage nach, ob alles geschehen sei, um die Landwirtschaft vor diesem Zusammenbruch zu bewahren und, wenn nein, wo dann die Schuldigen zu suchen seien? Es war bemerkenswert und selbstverständlich, daß, wie dies vom Redner mit vollem Recht geschah, die nachrevolutionären Regierungen mit ihrer Verständnislosigkeit und dem fehlenden guten Willen für vieles verantwortlich gemacht wurden, was heute die Landwirtschaft verloren hat. Aber auch die gegenwärtige Regierung Bülow hat sehr viel Kritik auszuhalten und ihr wurde bescheinigt, daß sie bisher es nicht vermocht habe, die Osterbotschaft des Reichspräsidenten vom vorigen Jahr zu erfüllen. Während der erste Redner, Lindt, dem Reichsminister Schiele wenigstens insofern Gerechtigkeit zuteil werden ließ, indem er anerkannte, daß es Schiele gelungen sei, den deutschen Weizenmarkt vom Weltmarkt zu trennen und hier für stabile Preise zu sorgen, ging Graf Kaldereuth mit Minister Schiele, der aus freiem Willen die Aufgaben des Herrn Reichspräsidenten übernommen habe, sehr scharf ins Gericht. Insbesondere machte er ihm zum Vorwurf, daß er in der Roggenstützungsaktion schwere Fehler gemacht habe, indem er eine Verfälschung des Roggens propagiert, aber unterlassen habe, durch strenge Durchführung des Beimpfungszwanges für einen größeren Verbrauch zu Sorge zu tragen. Graf Kaldereuth ist der Auffassung, daß auch das deutsche Volk sich mehr an Roggenbrot gewöhnen müsse. Die Verursachung der Weltwirtschaftskrise sei, so führte Graf Kaldereuth aus, nicht stichhaltig. Wenn es auch der Landwirtschaft in anderen Ländern schlecht gehe, so bliebe doch zu berücksichtigen, daß die deutsche Landwirtschaft am schwersten betroffen wurde. Der Kampf anderer Länder sei, ihre landwirtschaftlichen Produkte großzügig in Deutschland einzuführen, was leider auch gelungen sei. Das bedeute aber für die deutsche Landwirtschaft infolge des Preisdruckes eine derartige Schädigung, daß die sich jetzt zeigenden Folgen hätten eintreten müssen, um so mehr, da kein Volk der Erde derartig mit Steuern, sonstigen Ausgaben und Lasten bepackt sei, wie das deutsche.

Die Weltkrisis sei daher von anderen Völkern viel leichter zu ertragen, als es bei dem verarmten deutschen Volk der Fall sei. Hier habe die Regierung die deutsche Landwirtschaft nicht genügend geschützt gegen die Konkurrenz des Auslandes. Möglicherweise sei ein solcher Schutz gewesen, wobei unseres Erachtens Graf Kaldereuth nicht genügend hervorhob, daß neben den landwirtschaftlichen auch noch industrielle Interessen zu berücksichtigen sind. Man hatte den Eindruck, so berechtigt viele seiner Ausführungen waren, daß er sich doch zu sehr vom Standpunkt der Landwirtschaft aus leiten ließ. Gewiß hatte der Hauptredner dieser Tagung zweifellos recht, wenn er betonte, daß, wenn ein Aufstieg der Industrie und damit eine Verringerung der Arbeitslosenziffern möglich werden solle, das nur durch eine kaufkräftige Landwirtschaft erzielt werden kann. Insofern kann man über einige zu weitgehende Forderungen des Redners hinwegsehen, in der Erkenntnis, daß eben die Landwirtschaft doch die Grundlage unserer deutschen Volkswirtschaft ist.

Man war berechtigt, mit Spannung zu erwarten, wie Graf Kaldereuth bei seiner scharfen Kritik sich nunmehr endgültig zu der Reichsregierung stellen würde. Bekanntlich gehört Graf Kaldereuth als Präsident des Reichslandbundes zu den Führern der „Grünen Front“. Diese Herren haben drei Tage lang mit dem Reichskanzler Dr. Brüning verhandelt und eine Übereinstimmung erzielt. Tags zuvor hatte der Vorstand des Reichslandbundes eine Resolution veröffentlicht, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ und schließlich den Rücktritt der Regierung Brüning forderte, falls sie nicht sofort und unge-

schmälert die Forderungen der „Grünen Front“ zur Tat mache. Graf Kaldereuth mußte in seiner Rede zugeben, daß der Reichskanzler Dr. Brüning guten Willen gezeigt und schon öfter versucht habe, im Interesse der Landwirtschaft zu wirken, wenn ihm auch ein größerer Erfolg versagt geblieben sei. Zu dieser Anerkennung würde sehr leicht eine Kriegserklärung an Brüning und auch an den Reichsminister Dr. Schiele gepaßt haben. Diese Kriegserklärung umging Graf Kaldereuth, indem er in geschickter Weise das Wörtchen wenn einfügte.

Dagegen konnte der dritte Präsident, Herr Bethge, Bauernhofbesitzer in der Niederlausitz, es sich nicht verlagern, in seinem Schlußwort unter starkem Beifall der Brandenburger, der jetzigen Regierung den Kampf anzukündigen. Ob das klug war, sei dahingestellt, denn schließlich ist Dr. Brüning noch nicht gestürzt und ob nach ihm eine Regierung kommt, die der Landwirtschaft mehr Freundschaft und Verständnis entgegenbringt, will uns fraglich erscheinen. Wir sind deshalb der Auffassung, daß etwas mehr Mäßigung durchaus angebracht gewesen wäre, obwohl man psychologisch die verbitterte Stimmung der Massen verstehen kann, wenn man berücksichtigt, daß der weitaus größere Prozentsatz nicht mehr weiß, ob er in drei bis vier Monaten noch Besitzer seines Hofes oder seines Gutes ist.

Möge deshalb, das ist unser Wunsch, diese Tagung nicht dazu beigetragen haben, die Luft zu erweitern und Gegensätze zu vertiefen, sondern möge die Frucht aller Veranstaltungen der „Grünen Woche“ sein, daß Stadt und Land sich besser verstehen und gewillt sind, sich die Hände zu reichen zu gemeinsamer Arbeit für den Wiederaufbau und die Befreiung des deutschen Vaterlandes.

W. W.

Staatlicher Kampf gegen die Eigenheime?

Eine folgenschwere Entscheidung des Reichsfinanzhofes.

Alle Freunde und Anhänger der Eigenheim- und Siedlungsbewegung, alle Besitzer von Eigenheimen und solche, die es werden möchten, seien auf eine Entscheidung des R. F. H. aufmerksam gemacht, die in ihren Auswirkungen geeignet sein muß, dem Wirtschaftsleben schwersten Schaden zuzufügen, ja dem Bolschewismus Handlangerdienste zu tun, indem sie durch ungerechte Härte den Eigenheimbesitzern die Erhaltung ihres Eigenheims erschwert.

Der Reichsfinanzhof hat in einer Entscheidung vom 15. Mai 1929 über den Mietwert von Eigenwohnhäusern festgestellt, daß der Mietwert nach der Höhe der für das Anlagekapital aufzuwendenden Zinsen, ferner der Steuern und sonstigen Werbungskosten zu bemessen ist. Nach der bisherigen Rechtsprechung des R. F. H. ist in erster Linie die Frage aufzuwerfen: Wie hoch muß der Mietwert der Wohnung im eigenen Hause angesehen werden, damit der Besitzer neben dem Erfolg seiner Ausgaben noch eine angemessene Verzinsung des im Hause angelegten Kapitals erzielt? Es kommt nicht darauf an, daß vielleicht zur Zeit bei Vermietung des Hauses an einen fremden Mieter nur eine niedrigere Miete zu erzielen wäre.

Die Auswirkung dieser Entscheidung ist nun so, daß jeder Besitzer eines Eigenheimes für die Tatsache, daß er durch die Erbauung eines solchen die Wirtschaft belebt und der Wohnungsnot abgeholfen hat, vom Staate bestraft wird.

Folgendes Beispiel, welches sich im Bereich des Finanzamts Trebnitz (Schles.) abgespielt, zeigt am besten, zu welchen Auswüchsen diese Entscheidung führen muß. Der Betroffene schildert seinen Fall:

„Ich habe mir mit eigenem und fremdem Gelde in dem Wunsch für meine Familie gesunde Lebensbedingungen zu schaffen, ein Eigenheim erbaut, dessen Herstellung etwa 35 000 M. kostete. Vorher hatte ich eine etwa gleich große Mietwohnung, die ich damit der Wohnungswirtschaft zur Verfügung stellen konnte, für etwa 800 M. jährlich inne. Ich habe den Mietwert meines Hauses mit 1740 M. in meiner Steuererklärung angegeben, einem Werte, den ich im günstigsten Falle bei einer Vermietung erzielen würde. Das Finanzamt will mich, entsprechend der obigen Entscheidung, nun zwingen, den Bauwert mit einer achtprozentigen Verzinsung — 2700 M. Nutzungswert zu versteuern.

Hätte ich mir, statt das Haus zu bauen, ein Bild für 35 000 M. gekauft, so hätte ich gar keinen Nutzungswert zu versteuern. Müßte ich das Haus, wie es wohl auch Tatsache werden wird, vermieten, so erhielte ich, wie schon gesagt, nach Lage der örtlichen Verhältnisse günsti-

genfalls etwa 1700 M., die ich dann nur zu versteuern brauchte.

Aber weil ich im Eigenheim wohne, soll ich nunmehr 2700 M. versteuern. Im eigenen Hause soll ich also teurer wohnen als jeder Fremde! Und das in einem Staate, wo Siedlung und Eigenheimbewegung für volksgesundheitlich und volkswirtschaftlich begrüßenswert erklärt worden sind.

Ob das eingelegte Rechtsmittel Erfolg haben wird, ist nach Lage der Dinge sehr fraglich.

Wer kann und wird da noch bauen, wenn ihn der Staat für das Opfer, welches er damit bringt, noch bestraft.

Es muß verlangt werden, daß entweder ein Uebersteuerungszuschuß für Neubauten in Höhe von wenigstens 50 Prozent abgesetzt werden darf, oder daß nur der wirklich erstellte und ortsübliche Mietwert zur Grundlage der Steuer gemacht wird, nicht aber utopische Werte, die nie verwirklicht werden können. Durch derartige Maßnahmen wird jede Lust und jeder Wunsch, ein Eigenheim zu errichten, im Keime erstickt. Die bisherigen Besitzer, welche meistens schon schwer an den Lasten der Herstellung zu tragen haben und sich im Interesse der Gesundheit ihrer Familie meist große Einschränkungen auferlegen müssen, werden aus ihrem Heim vertrieben.

Auch vom Standpunkt der Zinspolitik ist diese Entscheidung des R. F. S. geradezu widersinnig. Der Erbauer eines Eigenheimes weiß schon vorher, daß er höchstens mit einer 4-5 prozentigen Verzinsung des angewendeten Kapitals zu rechnen hat. Wenn er — nicht zuletzt zum Segen der Wirtschaft und seiner und damit auch der Volksgesundheit — auf eine höhere Verzinsung verzichtet, so will ihn das Finanzamt nun zwingen, doch die hohen Zinsen zu fordern und zwar von sich selbst. Es bleibt dem Empfänger eines jeden überlassen, wie er eine solche Zumutung bezeichnen will.

Und das Baugewerbe, welches unzähligen anderen Gewerben Arbeit und Verdienst gibt, wird vergeblich auf derartige Arbeiten warten können. Statt ehrlich verdienten Lohnes erhält der Bauarbeiter die Bettelpennie der Arbeitslosenunterstützung. Will man so das Schlagwort „Arbeit statt Almosen“ in die Praxis umsetzen?

Aber auch beim Kauf von Eigenheimen ist es unhaltbar, eine 8 oder 10-prozentige Verzinsung des angelegten Kapitals als Mietwert für die Steuer zugrunde zu legen! Auch hier kann nur der ortsübliche Mietwert gerechnet werden und es muß jedem überlassen bleiben, zu welchem Zinssatz er sein Geld anlegen will — je niedriger desto besser! Steuerverluste entstehen dem Staate auch dann nicht, wenn der Erwerber des Eigenheimes sich den freiwillig übernommenen Verlust, welcher durch Zinsen für Reihkapital, Steuerbelastung usw. gegenüber dem Mietwert entstehen kann, von seinem übrigen Einkommen abzieht, da ja sein Gläubiger die Zinserträge versteuern muß.

Inbesondere werden alle Freunde und Anhänger der Siedlungs- und Eigenheimbewegung aufgefordert, mit allen Mitteln gegen diese Entscheidung anzukämpfen, welche die bereits bestehenden Eigenheime ebenso bedroht wie die noch entstehenden.

Die zuständigen Behörden werden hierdurch gebeten, ihrerseits das Erforderliche zu veranlassen, um die oben genannten Entscheidungen des R. F. S. nicht zu der

Familienbibeln einst und jetzt.

Wer kennt sie nicht, die schöne Sitte, in der Bibel nicht nur ein Buch der Vergangenheit zu sehen, sondern weit mehr: einen Lebenskameraden, einen unentbehrlichen Begleiter für die Gegenwart und somit eine Handreichung für die Zukunft. Einem solchen Weggenossen wurden dann alle Geheimnisse und Sorgen anvertraut, alles Geschehen, was sonst keine Zeitung brachte, alles Ergehen aus eigener Not und Freude und aus der Familie beglückendem Kreis. So hielten sie es früher mit ihrer Familienbibel und trugen belanglose und doch nicht belanglose Dinge ein, ließen somit auch spätere Geschlechter Einblick nehmen, nachdem alles, was hier verzeichnet war, Jahr und Tag bereits vorüber und vielleicht gar ein Jahrhundert darüber gerauscht und gegangen war!

Wer freute sich nicht dieser Bedächtlichkeit des Lebens und wer wünschte nicht ein Wiedererleben dieser schönen Sitte für unsere so hastige und dadurch so haltlose Zeit! Möglich aber wird dies nur dort wieder sein, wo man die Bibel überhaupt wieder schätzt. Wo man sie liest, ständig und treu und demütig liest. Denn man kann sie nur dort und dadurch zum Reden bringen, wo man sie zuerst hört. Man trägt ihr nur dort eigenes Erleben und vergängliche Ereignisse ein, wo man sich zuerst von ihr hat aus der Unvergänglichkeit, aus der Ewigkeit ein Wort fagen lassen.

Um nun diese Möglichkeit wieder zu fördern, das sich aus der Bibel unterweisen lassen und das der Bibel wieder Anheimgeben und Mitteilen, hat soeben ein Berliner Großverlag es unternommen, die Bibel in großer Form, eben wieder als Familienbibel, in wertvoller Ausstattung erscheinen zu lassen. Gewiß ein erstaunliches Unterfangen! Bewundernswert der Mut, das heute zu tun. Ausgerechnet in Berlin und auch noch in dem Augenblick, da das bolschewistische Rußland die Zeitung des Bundes der Gottlosen ebenfalls nach Berlin verlegen will! Es scheint, als wollte dieser Bibelverlag zeigen, es gibt zweierlei Berlin, eines, das Gottes Sache vernichten, ein anderes, das sie zu fördern sucht.

Dieser Bibelverlag trägt nun den Namen „Gefion-Verlag“. Er wohnt Berlin SW 11/3 (genau so muß man schreiben, will man bei ihm die Bibel bestellen!). Die Straße und Nummer, die zu „Berlin SW 11/3“ noch hinzuzufügen ist, heißt Stresemannstraße 26.

Die Bibel selber kostet freilich 88 RM. Sie kann aber zu zwölf Monatsraten gekauft werden. Dadurch ist der

katastrophalen und wirtschaftsfeindlichen Auswirkung kommen zu lassen, die bei der Unbücklichkeit mancher Finanzämter um die wirtschafts- und volkspolitischen Folgen ihres Verhaltens mit Recht zu erwarten ist.

G. M.

„Das Reich muß uns doch bleiben!“

Unter dieser ungehörigen Ueberschrift berichtete ein hiesiges Blatt über die Reichsgründungsfeier eines nationalen Verbandes. Der Festredner fand u. a. folgende Worte: „Der 18. Januar 1871 bedeutete die Erfüllung des Traumes unserer Väter: Das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit!“ „Und so weihen wir uns zu dem Dienst am Vaterlande und bekennen uns erneut zu Reich und Nation mit dem Schwur: Lebe ich, so lebe ich Deutschland, sterbe ich, so sterbe ich Deutschland. Ob ich nun lebe oder sterbe, so bin ich Deutschlands!“

Es erfolgte folgende Erwiderung: Das Reich wird uns nicht bleiben, wenn wir meinen, es so verteidigen und wieder aufbauen zu können, wie es in einem Bericht über eine Reichsgründungsfeier ausgesprochen ist. Da von anderer Seite, von entsprechenden Kreisen in der Stadt, Einspruch nicht zu erfolgen scheint, legt der Unterzeichnete gewiß im Namen vieler deutscher Christenmenschen entschieden die Vermahnung gegen diese Art und diesen Ton von Patriotismus ein. Starker, langanhaltender Beifall folgte — laut Bericht — der Ansprache, keinerlei Widerspruch scheint sich gezeigt zu haben. Nun, so erhebt der Unterzeichnete, ein parteiloser, aber durch und durch national gesinnter deutscher Mann, Einspruch gegen diese ungehörige Verquickung biblischer Worte und Begriffe mit nationalen Angelegenheiten. Patriotismus ist nur dann von Wert, wenn er religiös durchleuchtet ist, sonst wird er, ohne daß er in seiner Gesinnung die selbst bemerkte, zum nationalen, schrankenlosen, phrasenhaften Fanatismus, der auch vor dem Allerheiligsten nicht Halt macht in seiner Unbeherrschung, sondern das Allerheiligste mißbraucht und in den Erdenstaub herabsieht und damit sich selbst aller Verheißung beraubt. Als deutscher Mann, als deutscher Christ lege ich Vermahnung ein gegen solchen Mißbrauch biblischer Worte für national-patriotische Zwecke. Das ist nicht Vaterlandsliebe, in Selbstsucht geodet, sondern blasphemische Selbstherrlichkeit, bombastischer Größenwahn, ja, geradezu eine Herausforderung des lebendigen Gottes, an dessen Segen letztlich alles gelegen ist. So hohe Art und Form von Patriotismus wird er aber gewißlich nicht segnen noch Erfüllung ihrer Wünsche geben. Das Reich, auch unser irdisches Reich wird uns nur bleiben, wenn wir Deutschen uns gründlich und völlig vor dem beugen, von dem allein es heißen darf: Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit, wenn jeder einzelne von uns sagen und bekennen lernt: leben wir, so leben wir dem Herrn, sterben wir, so sterben wir dem Herrn; darum, wir leben oder sterben, so sind wir des Herrn. Sonst wird dieser Herr uns, wie andere vor uns, zerstampfen und hoffnungslos zugrunde gehen lassen. Um der nationalen Verbundenheit willen tut es mir leid, so scharfe Worte sagen zu müssen. Aber aus ethisch-religiöser Verpflichtung kann ich nicht anders.

Der Schriftleiter lehnte es ab, diese Erwiderung abdruckten. Er verstände zwar, daß ein Pastor so empfinde (!?), aber im übrigen sei er dem betreffenden na-

Kauf doch nicht unerschwinglich. Man bedenke — in unser heutiges Geld umgerechnet — haben seinerzeit die ersten Neuen Testamente in Luthers Uebersetzung ungefähr gleichviel gekostet. Und wie schnell mußten sie immer wieder nachgedruckt werden!

Dafür ist unsere Bibel auch wunderschön in rotes echtes Cassianleder kunstvoll eingebunden. Ist zehn Zentimeter dick, hat Goldschnitt auf allen drei Schnittseiten und hat neben viel freiem Raum zu allerlei Einträgen an die tausend Bilder. Große, von Dore, dem bekanntesten Bilderzeichner der Bibel, und dann zwischen dem Text Bilder aus aller Herren Länder und Zeiten. Sind die Dore'schen Bilder Phantasiegemälde und zeigen sie uns ein unfassendes künstlerisches Schaffen ohne Rücksicht auf geschichtliche Wirklichkeit, so zeigen die andern Bilder, gewissermaßen als Ergänzung hierzu, wie es im heiligen Lande, wie mancher Gegenstand dafelbst wirklich ausgesehen hat oder wie dies und das von andern Künstlern dargestellt worden ist. So haben wir einen reichen Bilderreichtum, gewiß nicht so einheitlich, wie die bekannte kürzlich von der Württemberger Bibelgesellschaft ausgegebene Rudolf Schäfer-Bibel. Aber doch ein Werk, das reiche Förderung verdient und sicher auch finden wird.

Bruno Goldschmidt.

Volkstrauertag 1931.

Schmückt die Sammelgräber der unbekannten deutschen Gefallenen!

Am Sonntag Reminiszere, am 1. März, feiern wir in diesem Jahre wieder den Volkstrauertag! Das deutsche Volk gedenkt seiner toten Helden. Die Fahnen gehen auf Halbmaß. Auf den Ehrenfriedhöfen in der Heimat sind viele Hände am Werk, um die Ruhestätten der toten Krieger zu schmücken. Es ist eine Selbstverständlichkeit, an diesem Tage auch für die zahlreichen deutschen Kriegergräber jenseits der Heimat zu sorgen. Den Angehörigen der Gefallenen, deren Grab nachgewiesen werden konnte, gibt der Volksbund wiederum Gelegenheit, Kränze oder andere Gebinde an der fernen Stätte niederlegen zu lassen. Viele werden davon wieder Gebrauch machen.

Auch unsere Toten, die in Sammelgräbern ruhen, sollen nicht ohne ein Zeichen der Liebe bleiben.

Gerade sie, die vielen, vielen Hunderttausende, für deren Ruhestätten kein einzelner sorgen kann, dürfen wir

tionalen Verbände zu sehr verpflichtet — wobei ich der englischen Zeitungsprelle während des Krieges in Südafrika gedenken mußte: auch da so vielfache Verquickung von Religiösem und Rationalem, ohne daß von christlicher Seite Einspruch erhoben ist. Möglicherweise — das erkenne ich jetzt — ist auch da Einspruch erfolgt, nur daß auch da der Schriftleiter den Abdruck abgelehnt, obgleich bei der ganzen Art der englischen Presse ein Schriftleiter eine mit offenem Namen kommende Zuschrift nicht so leicht abzuweisen pflegt. Ich selbst bewahre einzelne Artikel aus der Kriegszeit, bei denen ich mich nachträglich geradezu wundern muß, daß der Schriftleiter der betreffenden englischen Zeitung sie zum Abdruck gebracht. Wann gewinnen auch wir den Mut zur Wahrheit, auch den eigenen Partei- und Verbandsgegnern gegenüber?! Ernst Friede, Schärnbeck b. Lüneburg.

Ein Ruf nach Reform unserer Feuerversicherungen.

Der Schreiber dieser Zeilen ist seit 1 1/4 Jahren Landpfarrer; in dieser Zeit hat es in seinem Kirchspiel sechs Feuersbrünste gegeben. Jedemal schloß sich das notwendige Uebel eines langen Kreuzverhörs der betroffenen Familie an, ein Beweis dafür, daß die Staatsanwaltschaft zu allererst immer damit rechnet, das betreffende Haus sei „warm abgerissen worden“. Und was sagt die Bevölkerung dazu? Daß man ja in vielen Fällen gezwungen werde, solches zu tun, da man ja selbst nach hundertjährigem Bezahlen der Versicherungsgelder beim „kalten Abreißen“ keinen Pfennig Unterstützung von seiner Versicherungsgesellschaft erhalte; denn man war ja nur gegen Feuer, aber nicht gegen Wind und Wetter versichert! Ist es nicht verständlich, daß in unserer gottentfremdeten Zeit ungefestigte Charaktere so zu Brandstiftern werden können, zumal wenn sie sehen, wie ihre alten Häuser von den Brandkassen von Jahr zu Jahr niedriger bewertet werden und schließlich gar keinen Versicherungsschutz mehr genießen? Und wenn es dann brennt, ob mit oder ohne Verdacht gegen den Hausbesitzer, meinen die Nachbarn ein gutes Werk zu tun, wenn sie möglichst viel zum Einsturz bringen. Bei dieser Betätigung werden aber keineswegs nur edle Gefühle, sondern nicht zuletzt die dämonische Freude am Zerstören das Leitmotiv bilden. Das freudige Zöhlen der jungen Vurschen, wenn wieder eine Wand fällt und ein Stück Volksvermögen vernichtet wird, offenbart das deutlich genug! — Nun machen ja nicht die Verhältnisse den Menschen gut, aber gute Menschen schaffen gute Verhältnisse! Wenn wir Verfassungen beseitigen können, ist es Pflicht, das zu tun. Deshalb meine ich, es sei dringend notwendig, Häuserversicherungen auf den Lebensfall zu schaffen, ähnlich, wie es solche Lebensversicherungen gibt. Wenn ein 70-jähriges Haus neugebaut werden muß, kann bis jetzt nur im Brandfalle ein Beitrag erreicht werden; bei einer etwa auf 75 Jahre für den Lebensfall abgeschlossenen Versicherung ist es näherliegend, nach 5 Jahre zu warten und dann das Haus „kalt“ abzubrennen. Genau so gut wie belastende Hypotheken bei einem etwaigen Verkauf in Rechnung gestellt werden, liegen sich solche wertsteigernden Versicherungen auch in Rechnung stellen; ein möglicher Verkauf wäre also kein Hin-

nicht vergessen. In einem Tage, an dem wir uns bei Gottesdiensten und Feiern in der Erinnerung an unsere toten Brüder zusammenfinden, an dem überall die Glocken „Reminiszere“ künden, wollen wir unsere Dankbarkeit und Verehrung auch dadurch beweisen, daß wir ihre großen Hügel, unter denen sie gemeinsam ruhen, alter deutscher Sitte gemäß aus schmücken.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge bittet daher auch in diesem Jahre:

Helft uns, die unbekannten Toten zu ehren und ihre Ruhestätten zu schmücken! (Geschäftsstelle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge Minden i. W. Postfachkonto 65609 Hannover)

Die Zahl der unbekannten Toten ist fast ebenso groß wie die Zahl derer, die in Einzelgräbern liegen. Allein in Frankreich gibt es mehrere hundert Gemeinschaftsgräber mit über 400 000 deutschen Toten. Beweist auch diesen Ungenannten Eure Liebe und Dankbarkeit. Auch sie starben, weil ihnen ihr Volk und Vaterland höher stand als ihr eigenes Leben. Darum ehret und opfert, denn ihrer sind viele!

Reichs-Handwerks-Woche.

In der Zeit vom 15. bis 22. März d. J. findet unter der Schirmherrschaft des Herrn Reichspräsidenten erstmalig eine Reichs-Handwerks-Woche statt. Für diese erste geschlossene und über das ganze Reichsgebiet sich erstreckende Gemeinschaftskundgebung des deutschen Handwerks ist seit Wochen regste Vorarbeit im Gange. Die Veranstalter, der Reichsverband des deutschen Handwerks und der Deutsche Handwerks- und Gewerbe-Kammertag, haben Kammern, Reichsachverbände, Innungen und die sonstigen Körperschaften des Handwerks mobil gemacht, um dem Unternehmen zu einer starken und nachhaltigen Wirkung zu verhelfen. Gerade zur Zeit des Tiefstandes der Wirtschaft will das Handwerk auf diese Weise an seinem Teil zur Belebung des Arbeitsmarktes kräftig beisteuern.

Das deutsche Handwerk vertraut darauf, daß diese seine Maßnahmen vollen Widerhall im ganzen deutschen Volk finden. Zur Durchführung der Vorarbeiten für die Reichs-Handwerkswoche ist in Berlin-Schöneberg, Grunewaldstraße 6/7, ein Organisationsbüro geschaffen worden.

dernis für den Käufer volle längere Zeit best. Sonstige Schwierigkeiten mathematischer Art bin ich überzeu-

Bri

Verabschiedung Tribune ein

Die heutige K. n. z. Le. samtlage, die am. außenministers. I. politil ergänzt. politische Gener. lange vor der C. bänenarten, „be-

Kauf der Za. des Haushalts. präsidenten. Bei. Antrags der Na. um die Aufstij. laufe der Verha. sozialistischer W. „Die Reichsregi. Veriranen des B. Neu auf di. kommunistische. planten Staatsf. Reichskanzler be-

Reich

von den Kommun. öffnete seine frei. sichts der heutig. parlamentarische. Wanges. Er dank. Staatsarbeitun.

Sicherlich. durch weltwirts. auch bedingt d. Stabilität der. ist entscheidend. Eiat auf norm. schiebt wird.

Ich kann d. schäftig wie in. den ist.

Mein Appo. sehen, und in. Eiat bis zum. Das Ausland. ratur dieses. scheidung.

Auf die Zin. wibern, daß die. Zittaturplan.

Der beste. Reichsregierung. daß der Haushal. Reichsregierung.

der Reichsverfass. Abicht, bei der. verfassungsmäßig. Willen und vol. laments muß di. dung des Eiat.

Die Reglern. vielfach im Ausl. mah des Artikels. von deutschen.

Der vorliegende. samkeit und vor.

Die Reich. weiterer Minde. lägen die Ausf. mehrung der S. weitere Senkun.

Die Reichs. tagereinsinnung. tagparteien, au. kriegelnden aufste. bitter die Ermä.

zu machen. So. Durchführung ge. sein. Die Ermä. Regierung ihren. Haushalts weite. überlie für eine.

Aus

Die Ausf. öffnete der kon. rend dessen Re. im Saal weite.

Abg. Abtri. Massen dem A. Eine Reichstags. sei nur von der. erwarten.

Abg. Dr. r. erhält, wurde. erklärte es als. fänger Dr. Brü. gibt, statt sich. des Artikels 48. vergeblich, ihren. deutsche Volk h. Bräunung an d. können. Es ist. die Katastrophe. schon herbeigef. Urheber dieser.

bei ich der
des in Süd-
Verquidung
in christlicher
— das er-
gt, nur daß
nt, obgleich
Schriftleiter
ist nicht so
einzelne Ar-
nachträglich
der betref-
k gebracht.
theit, auch
gegenüber?
üneburg.

serer

ihren Land-
spiel sechs
des notwen-
betreffenden
aatsanwalt-
betreffende
as sagt die
Fällen ge-
selbst nach
gelde beim
tührung von
man war
und Wetter
nferer gott-
zu Brand-
n, wie ihre
yr zu Jahr
keinen Ver-
es dann
en Hausbe-
un, wenn
dieser Be-
sehrliche, son-
Zerstören
der jungen
ein Stück
as deutlich
e den Men-
berhältnissen!
es Pflicht,
und notwen-
all zu schaf-
ungen gibt.
rden muß
tag erreicht
a Erlebnis-
egend, noch
" abzurei-
bei einem
den, liegen
ch in Rich-
kein Hin-

ir uns bei
an unsere
I die Glo-
e Dankbar-
h wir ihre
ehen, alter

orge bittet

n und ihre
Volksbun-
W. Post-

benso groß
a. Allein in
haftsgräber
auch diesen

und unter
enten erst-
Für diese
gebiet sich
im Gange-
chen Hand-
Gewerbe-
ände, Ju-
Handwerks
er starken
Berade zur
Handwerk
des Ar-

daß diese
a deutschen
en für die
berg, Gr-
affen vor-

dernis für den Abschluß einer derartigen Versicherung.
Der Käufer vollends wird sich wohl hüten, eine bereits
längere Zeit bestehende Versicherung verfallen zu lassen.
Sonstige Schwierigkeiten werden unsere Versicherungs-
mathematiker zweifellos klären und beseitigen können.
Ich bin überzeugt, daß selbst die Versicherungsgesellschaft-

ten ganz gewiß keine besseren Geschäfte machen, wenn sie
sich solchen Reformverlangen widersetzen und damit al-
lerlei Unmoral hochzucht. Wer hilft mit, diese Vor-
schläge zu prüfen und zu verbreiten? Es geht dabei um
lebenswichtige Fragen, mindestens für unser Volk!
gez. Dr. Biering, Pfarrer in Ulfen/Waldeck.

Brüning mahnt den Reichstag.

Verabschiedung des Etats ohne Artikel 48. — Die
Tribüne ein düsterer Schatten über Deutschland.
— Berlin, den 5. Februar 1931.

Die heutige Reichstagsitzung brachte die angekün-
digte Kanzler-Erklärung über die politische Ge-
samtlage, die am Dienstag durch eine Rede des Reichs-
außenministers Dr. Curtius über den Stand der Außen-
politik ergänzt werden soll. Das Interesse für die
politische Generalausprache befandete sich darin, daß
lange vor der Eröffnung der Plenarsitzung alle Tri-
bünenarten „vergriffen“ waren.

Auf der Tagesordnung stand formell die Beratung
des Haushalts des Reichskanzlers und des Reichs-
präsidenten. Verbunden damit war die Behandlung des
Antrags der Nationalsozialisten, den Reichspräsidenten
um die Auflösung des Reichstags zu ersuchen. Im Ver-
laufe der Verhandlungen ging dann noch ein national-
sozialistischer Mißtrauensantrag des Wortlautes ein:
„Die Reichsregierung Dr. Brüning besitz nicht das
Vertrauen des Reichstags.“

Neu auf die Tagesordnung gesetzt wurde noch eine
kommunistische Interpellation über einen angeblich ge-
planten Staatsstreich, zu deren Beantwortung sich der
Reichskanzler bereit erklärt hatte.

Reichskanzler Dr. Brüning.

von den Kommunisten mit „Nieder-Rufen“ empfangen, er-
öffnete seine freigelegte Rede mit der Erklärung, ange-
sichts der heutigen Krise in Wirtschaft und Politik sei die
parlamentarische Erledigung des Etats eine Frage ersten
Ranges. Er dankte dann für die bisherige Mitarbeit an der
Staatsarbeit und fuhr fort:

Sicherlich ist die Krise zum großen Teil bedingt
durch weltwirtschaftliche Einwirkungen. Sie ist aber
auch bedingt durch eine Krise des Vertrauens in die
Stabilität der deutschen Politik und Wirtschaft. Es
ist entscheidend für die zukünftige Entwicklung, daß der
Etat auf normalem parlamentarischen Wege verabschie-
det wird.

Ich kann darauf hinweisen, daß kaum jemals so
frühzeitig wie in diesem Jahre der Etat vorgelegt wor-
den ist.

Mein Appell geht an den Reichstag, alles daran zu
setzen, und in parlamentarischer Verabschiedung dem
Etat bis zum 31. März Gesetzeskraft zu verleihen.
Das Ausland blickt mit großem Interesse auf die Be-
ratung dieses Etats und auf die Art seiner Verabschie-
dung.

Auf die Interpellation des Abg. Stöcker kann ich er-
widern, daß die Reichsregierung

Wirtschaftsplänen reiflos ablehnend gegenübersteht.

Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß die
Reichsregierung ja gerade den größten Wert darauf legt,
daß der Haushalt parlamentarisch verabschiedet wird. Die
Reichsregierung hat in der Vergangenheit wiederholt vom

Artikel 48

der Reichsverfassung Gebrauch gemacht. Es ist nicht ihre
Pflicht, bei der Verabschiedung des Etats von dem gleichen
verfassungsmäßigen Mittel Gebrauch zu machen. Bei gutem
Willen und vollem Verantwortungsbewußtsein des Par-
laments muß die rechtzeitige parlamentarische Verabschie-
dung des Etats möglich sein.

Die Regierung legt darauf um so mehr Wert, weil
vielfach im Ausland von den Möglichkeiten und dem Aus-
maß des Artikels 48 falsche Vorstellungen herrschen, die
von deutschen Oppositionsparteien noch genährt werden.

Der vorliegende Etat ist aufgebaut auf äußerster Spar-
samkeit und vorläufiger Schöpfung der Einnahmen.

Die Reichsregierung ist entschlossen, im Falle
weiterer Mißerträge bei gewissen Einnahme-Min-
usföllen die Ausgabe nicht durch neue Steuern oder Ver-
mehrung der Schulden zu decken, sondern nur durch eine
weitere Senkung der Ausgaben und Ersparnisse.

Die Reichsregierung befindet sich in dieser Frage in
Übereinstimmung mit den Forderungen einiger Reichs-
tagsparteien, auch der Deutschen Volkspartei. (Zurufe links:
Eingeladen aufstehen! — Weiterkeit.) Die Regierung er-
bittet die Ermächtigung, im Laufe des Etatsjahres

weitere Ersparnisse

zu machen. Solche Ersparnisse werden namentlich nach
Durchführung gewisser Reformen in der Verwaltung möglich
sein. Die Ermächtigung soll eine Garantie sein, daß die
Regierung ihren Weg zur sicheren Fundamentierung des
Haushalts weitergeben will. Dieser Weg ist auch der
überste für eine baldige Lösung der Reparationsfrage.

Aussprache im Reichstag.

Die Aussprache über die Kanzler-Erklärung er-
öffnete der kommunistische Abgeordnete Ulbricht, wäh-
rend dessen Rede die Nationalsozialisten wiederum nicht
im Saal weilten.

Abg. Ulbricht erklärte, am 25. Februar würden die
Maffen dem Kanzler die gebührende Antwort erteilen.
Eine Reichstagsauflösung helfe gar nichts, eine Besserung
sei nur von der Aufrichtung eines Sowjet-Deutschlands zu
erwarten.

Abg. Dr. Gumbel (Nat.-Soz.), der dann das Wort
erhielt, wurde von den Kommunisten mit lauten Rufen
empfangen: „Nieder mit dem Arbeitermörder!“ Der Redner
erklärte es als immerhin bemerkenswert, daß der Reichs-
kanzler Dr. Brüning im Reichstag noch eine Erklärung ab-
gab, statt sich auf die sonst übliche Verordnung auf Grund
des Artikels 48 zu beschränken. Die Regierung bemühe sich
vergeblich, ihren Bankrott zu verschleiern. Wie wenig das
deutsche Volk hinter dieser Regierung steht, das hat Dr.
Brüning an den Fundamenten, bei seiner Direkte erkennen
können. Es ist nicht wahr, Herr Reichskanzler, daß wir
die Katastrophe wollen. Diese Katastrophe haben Sie ja
schon herbeigeführt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die
Herber dieser Katastrophe hätten längst abtreten müssen.

Die Reichsregierung ist sich mit der gesamten Be-
völkerung darüber einig, daß die Reparationsfrage wie
ein düsterer Schatten über dem ganzen deutschen Volke
und über allen Rettungsmaßnahmen liegt. Es ist be-
dauerlich, daß im Ausland die Erkenntnis nicht wächst,
daß Deutschland manche — unangenehm empfundene —
wirtschaftspolitischen Maßnahmen treffen muß, um
überhaupt Reparationen zahlen zu können. Wir müssen
uns die Freiheit nehmen, dafür zu sorgen, daß wir die
Reparationsleistungen, solange eine andere Gesamt-
lösung nicht erzielt ist, so erfüllen, daß wir sie aus
eigener Kraft unter Stärkung der eigenen Landwirt-
schaft und Industrie leisten. Teillösungen, wenn sie mit
für uns ungünstigen Bedingungen verknüpft sind, sind
für die Reichsregierung unannehmbar. Die Regierung
ist vielmehr gespannt, die gesamte Wirtschafts- und
Finanzpolitik so aufzubauen auf lange Sicht, daß wir
eine Gesamtlösung sicher vorbereiten können. In den
Dienst der Vorbereitung dieser Gesamtlösung wird die
Reichsregierung ihre gesamte Kraft stellen.

Im übrigen ist die Reichsregierung nicht gesonnen,
sich das Tempo und den Zeitpunkt besonderer Schritte
aus innerpolitischen Gründen diktieren zu lassen. (Beifall
bei der Mehrheit, Unruhe rechts.) Die Regierung wird sich
nicht aus Populärkeitsgründen in Situationen hineinmanö-
rieren lassen, aus denen nicht eine Besserung der Lage,
sondern eine Schädigung des deutschen Volkes entstehen
kann. In den Verhandlungen, die wir in der letzten
Woche mit Vertretern der Landwirtschaft geführt haben, ist
es möglich gewesen, zu einer Einigung über einen

Gesamtplan zur Rettung der Landwirtschaft

zu kommen. (Unruhe rechts.) Es besteht Übereinstimmung
darin, daß die Rettung der Landwirtschaft auf lange Sicht
nicht allein auf Zollmaßnahmen beruhen kann. Die Re-
gierung wird in kürzester Zeit dem Reichstag und Reichs-
tag die Maßnahmen vorlegen, die in gemeinsamer Beratung
mit den berufenen Vertretern der Landwirtschaft als zue-
stimmig erkannt worden sind.

Diese Maßnahmen sollen aber keineswegs die
Selbsthilfe, auf die es bei der Hilfe für die Landwirt-
schaft besonders ankommt, irgendwie ausschalten. Die
Reichsregierung will mit diesen Maßnahmen in voller
Übereinstimmung mit der bekannten Auffassung des
Reichspräsidenten der Landwirtschaft helfen und bei
den Landwirten wieder Mut, Vertrauen und Glauben
an die eigene Kraft erwecken (Unruhe rechts). Sie will
allen Grenzgebieten Hilfe bringen, vor allem aber die
dringend notwendige Hilfe für den deutschen Osten.

Auch über das große

Dürstergesetz

ist zur Stunde eine reifliche Einigung nahezu erzielt wor-
den, und wir werden uns schon in der nächsten Woche ge-
samtlich mit dieser Frage beschäftigen. Die Reichsre-
gierung will Umschuldung und Lastensenkung verbinden, wird
aber keineswegs auf die Umschuldung verzichten.

Eine zweite schwere Sorge ist für uns alle die Ar-
beitslosigkeit, die in letzter Zeit noch gesteigert worden ist
durch Kreditverengungen. Die Regierung hat eine Kom-
mission einberufen und erwartet eine erhebliche

Minderung der Arbeitslosigkeit.

Die Möglichkeit einer solchen Lösung hängt aber hier
ebenfalls wie bei der Dürstergesetz davon ab, ob der Etat recht-
zeitig verabschiedet werden kann. Die Regierung richtet an
den Reichstag die Mahnung, sich der großen Verantwortung
zu bewußt zu sein. Aus diesem Gesichtspunkt be-
grüßt es die Regierung, daß eine Mehrheit sich zusamen-
gefunden hat, um im Interesse eines besseren Geschäfts-
ganges die Geschäftsordnung zu ändern. Wir sind über-
zeugt, daß eine Demokratie umso stärker und umso an-
gelehener ist, je mehr sie die Verantwortung füllt, die
ihr auferlegt ist.

Die Minderung der Geschäftsordnung zeigt, daß dieses
Haus entschlossen ist, ebenso wie die Reichsregierung, unter
allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Fehler der Ver-
gangenheit vermieden werden und daß eine Sicherung
aller finanziellen Maßnahmen auch für die Zukunft ge-
geben ist, von der allein eine erfolgreiche Innen- und
Außenpolitik letzten Endes abhängt.

Nach der Kanzlerrede, die von den Mittelparteien
mit Beifall aufgenommen wurde, beantragten die Natio-
nalsozialisten die Unterbrechung der Sitzung. Da sich
eine Mehrheit für den Antrag nicht fand, folgte der
Kanzlerrede sofort die Aussprache.

(Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten und stürmisches
Beifallstößen.) Sie haben Ankurbelung der Wirt-
schaft, Verminderung der Arbeitslosigkeit und Senkung
der Steuerlast vorausgesetzt. Sie haben vorausgesetzt, was
nicht eingetroffen ist, und sie haben uns eingepreist, weil
wir voraussetzten, was eingetroffen ist. (Beifall b. d. Nat.-
Soz.) Das Kabinett Brüning arbeitet nur mit Notver-
ordnungen, im Volke heißt es, es verordnet mit Rot. Wenn
die Nationalsozialisten genötigt sind, zur Durchführung
ihrer Ideen Brachialgewalt anzuwenden, so ist das ver-
schämte durch den Terror, den die Bundesgenossen des
Reichskanzlers anwenden. Nach dem Verbot des „Wö-
rtchen Beobachters“ kommt jetzt die Minderung der Ge-
schäftsordnung. Diese Regierung lebt seit Monaten nur
von Geschäftsordnungsstreiks und vom Staatsstreich. Die
öffentliche Ruhe und Ordnung wird in Deutschland nur
erhalten durch die Exzesse dieser Regierung. Nicht bei uns
sitzt die Hochverräter, sondern in den Mittelparteien.
Sie können an das Volk appellieren, indem Sie unsern
Antrag auf Reichstagsauflösung annehmen. Dann werden
die Nationalsozialisten mit 180 Abgeordneten wieder-
kehren. Wir haben uns verpflichtet auf die Sozialität
des Weges, nicht des Zieles. Wir wollen legal die
Macht erobern, aber was wir mit dieser Macht an-
fangen, das ist unsere Sache! (Beifallstößen b. d. Nat.-
Soz. und Auf: „Ihr werdet ja so blaß!“)

Die Sicherung der Grenzlande.

Die Rolle der Genossenschaften im Nationalitätenkampf.

Wenn wir die Bedeutung der Genossenschaften im
Kampf um die ostdeutsche Siedlungsgrenze richtig
abschätzen wollen, ist es notwendig, einmal den Blick
auf die Formen des Nationalitätenkampfes zu lenken.
Wir wissen, daß die deutsch-slawische Sprachgrenze in
Pöhlen z. B. sich seit Jahrhunderten kaum wesentlich
verschoben hat, trotz politischer Herrschaft deutscher Für-
sten und Abtissen, trotz der Stürme der Hussitenzeit und
aller der Kämpfe im böhmischen Kessel. Es müssen hier
also Kräfte am Werke sein, die die Volksgrenze bestän-
dig erhalten und verteidigen.

Was die Sprachgrenze seit dem Abschluß der Ko-
lonisation in dieser Form erhalten hat, ist der Aufstei-
gungsdruck zweier Kräfte. Es ist einmal das Streben
des Bauern, seinen Hof der Familie zu erhalten, und
auf der anderen Seite der Bodenhunger, der Erbe, den
Grundbesitz zu erweitern. Diese beiden Kräfte, die über-
all im Bauerntum lebendig sind, gewinnen an der
Sprachgrenze ihre besondere Bedeutung.

Dieser beständige Kampf um den Boden ist aber
nicht vom Bauern als isoliertem Individuum geführt
worden. Wie die Bauernfamilie nicht im heutigen indi-
vidualistischen Sinne verstanden ist, sondern nur als
die Einheit vergangener und kommender Generationen,
die ihren sichtbaren Ausdruck im Bauernhof findet,
so ist dieser Hof auch nur im Zusammenhang des
Dorfes denkbar. Die Dorfgemeinschaft ist sich der
engen Verbundenheit noch bewußt. Die nachbarliche
Hilfeleistung hat oft dazu beigetragen, den Hof der
Bauernfamilie zu erhalten. An der Sprachgrenze hat
die gemeinsame Verteidigung des Bodens durch die
Dorfgemeinschaft, aber gegebenenfalls der gemeinsame
Angriff, neues Land zu erobern, stets ihre besondere
Bedeutung gehabt.

Mit der Entwicklung der Ideen der bürgerlichen
Demokratie seit der französischen Revolution hat die-
ser Kampf um die Volksgrenze eine Wandlung erfahren.
Aus dem biologischen, triebhaften und stillen Ringen
der Völker wurde der gesteigerte bewußte Kampf
der Nationen. Der oben skizzierte unbewußte Völ-
kerkampf gewann dadurch ungeheuerlich an Intensität.

Die Genossenschaften sind nicht aus wirtschaftlichem
Gewinnstreben heraus geschaffen worden. Außerwirt-
schaftliche, ethische Gedanken führten zu ihrer Grün-
dung. Für Raiffeisen, den Begründer des ländlichen
Genossenschaftswesens, war es der Gedanke der christ-
lichen Nächstenliebe, der ihn im Herbst 1849 den „Flam-
mertsfelder Hilfsverein zur Unterstützung unbemittelter
Landwirte“ aufbauen ließ. Dieser Gedanke der prak-
tischen Nächstenliebe traf im Bauerndorf mit der Sitte
nachbarlicher Hilfeleistung zusammen. So konnte in
einer gewaltigen Entwicklung die Genossenschaftsbewe-
gung, als organisierte Selbsthilfe, entstehen.
Diese Herkunft der Genossenschaftsbewegung von außer-
wirtschaftlichen Gedankengängen machte die Genossen-
schaft so geeignet, später im Nationalitätenkampf Trä-
ger politischer Ideen zu werden.

Da der Staat in immer weitere Bereiche des Ge-
meinschaftslebens hineindringt, da Gemeinde wie Schule
immer mehr verstaatlicht werden, muß der nationale
Abwehrkampf der deutschen Minderheiten Gebiete
suchen, die noch nicht vom staatlichen Hoheitsanspruch
erreicht sind. Nur in der Wirtschaft bleibt der Nation
noch ein staatsfreier Raum, in dem sie sich verhältnis-
mäßig ungehindert politisch gestalten kann und doch zu-
gleich den letzten Volksbürger mit heranziehen kann.
Wir können daher die Bedeutung der Genossenschaf-
ten im Nationalitätenkampf, wie folgt, zusammen-
fassen:

Die Genossenschaft organisiert als Einzelkassette die
wirtschaftliche Selbsthilfe der Dorfgemeinschaft. Sie
kann damit den nationalen Bodenbesitzstand schützen
und ihn nach Möglichkeit sogar erweitern. Der
Genossenschaftsverband faßt möglichst weitgehend die
Wirtschaftskräfte der Nation zusammen. Auf diesem
wirtschaftlichen Unterbau können nun die Genossen-
schaften ihre besonderen nationalpolitischen Aufgaben er-
füllen, indem sie einmal dem letzten Staatsbürger ge-
genüber die Einheit der Nation repräsentieren und zum
anderen mit ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht
zielbewußt nationale Politik betreiben.

So sehen wir, daß in einer Zeit nationalstaatlicher
Demokratien die Genossenschaften den staatsfreien
Raum, den die Wirtschaft noch darstellt, ausfüllen, um
in ihm die Nation als Gesamtheit politisch zu organi-
sieren. Die Genossenschaften stellen so einen wesent-
lichen Faktor im Kampf um die ostdeutsche Siedlungs-
grenze dar.

Herbert Franze-Leipzig.

Abg. Dr. Gumbel erhielt im Laufe seiner Ausführun-
gen zwei Ordnungsrufe. Die Nationalsozialisten klagten
am Schluß dieser Rede minutenlang Beifall und verließen
dann gemeinsam den Saal.

Abg. Sölkmann (Soz.) führte u. a. aus, die durch
die Wahlen vom 14. September erzeugte Panikmischung
kann nur durch die feste Haltung der Sozialdemokraten
allmählich verschwinden. Der Stahlhelm mit seinem Volks-
begehren in Preußen, die Nationalsozialisten mit ihrem
Antrag auf Reichstagsauflösung wollen neue Panikmischung
erzeugen. Das gleiche gilt für die kapitalistischen Schich-
ten, die mit dem Rüststoff einer neuen Nationalveräm-
lung und der Aufzwingung eines schlechteren Wahlrechts
spielen. Solche Experimente würden dem Staatsgefüge
den Rest geben und die Wirtschaft dauernder Unruhe aus-
setzen. Politische Wirren in Deutschland würden den Ver-
lust weiterer Milliarden Lohn und Renten und neue Steu-
ren für die Massen bringen. Der Reichskanzler hat in
Köln dem Volk die politische Krise bestätigt. Dieses Volk
hat das Recht, eine Regierung zu fordern, die des Volkes
würdig ist. Die Stunde ruft nach Führern. Diese Führung
aber darf nur ein Ziel kennen: Deutsches Volk, deutsche
Freiheit und deutsche Zukunft. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. D. Doehring (Dnt.) führte u. a. aus: Mit
der durch und durch brisanten Mitte ist nichts mehr zu
retten, wir müssen nur fragen, wer von den Extremen
rechts oder links der geschichtsbildende Faktor sein wird.
Wir werfen dem Reichskanzler vor, daß er nicht mit
der nötigen Deutlichkeit die Kriegsschuldfrage in die Welt-
öffentlichkeit wirft. Wir mahnen ihn weiter, daß in der
Reparationsfrage endlich etwas geschehen muß. Das war
doch das Verlangen, das sich in dem großen Erfolge der
Rechten bei der letzten Reichstagswahl ausdrückte. Wenn
Sie den Reichstag auf und Sie werden jetzt, wo der Auf-
bruch der nationalen Kräfte sich allenthalben zeigt, sehr
bald die Wahrheit über Theorie und Praxis der Regie-
rungspolitik erfahren. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Diktaturgerüchte.

Die Mitte will es zwingen.

Eine neue Nationalversammlung? — Auch das Wahlrecht soll diktiert werden.

Berlin, 5. Febr. In parlamentarischen Kreisen wird im Zusammenhang mit der Antwort des Reichskanzlers auf die kommunistische Interpellation bezüglich der Gerüchte, die von Plänen zur Einberufung einer neuen Nationalversammlung sprechen, die Erklärung des Parteiführers der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, in einem Spätabendblatt lebhaft besprochen. Dingeldey erklärte, wie gemeldet, unter Hinweis auch auf die Notwendigkeit der Reichsreform u. a., wenn der Reichstag versage, bleibe einer zielbewußten Staatsführung nichts anderes übrig, als auf dem Wege über die Entscheidung des Volkes mit den Mitteln, die die Verfassung dem Reichspräsidenten in die Hand gebe, die Quellen der Schäden zu verstopfen. Welche Art eines Appells des Reichspräsidenten an das Volk der volksparteiliche Parteiführer damit gemeint hat, dafür liegt eine authentische Erklärung nicht vor, es verstärken sich jedoch mehr und mehr die Meinungen, die von dem Plan einer neuen Nationalversammlung wissen wollen. In diesem Zusammenhang sind Ausführungen des „Tag“ bemerkenswert, wonach geplant sei, daß das Reichskabinett nach Annahme des Reichshaushaltes und Vertagung des Reichstages gemeinsam mit dem preussischen Kabinett Gesetzentwürfe über Verwaltungsreformen, Finanzausgleich, Agrar- und Wirtschaftsmaßnahmen ausarbeiten soll, wobei auch die sogenannte innere Reform

mit Befestigung der Souveränität der Länder zugunsten der Vorherrschaft Preußens verhandelt werden solle. Diese Gesetzentwürfe sollten dann notfalls auf dem Verordnungswege verkündet, dann aber auch nicht mehr dem Reichstag vorgelegt werden, vielmehr solle dann der Reichstag, falls das Reichskabinett mit diesen Entwürfen in Gefahr geriete, aufgelöst und Neuwahlen zu einer Nationalversammlung mit einem durch Notverordnung verkündeten Wahlrecht ausgeschrieben werden, das auch eine wesentliche Heraushebung des Wahlalters enthalten solle. Die Pläne, so schreibt der „Tag“, unter Hinweis auf bereits erfolgte Dementis und ablehnende Erklärungen von sozialdemokratischer Seite, würden sowohl bei der Deutschen Volkspartei, als auch bei der Reichsregierung entschieden dementiert werden, zumal tatsächliche Beschlüsse noch nicht gefaßt seien. Es handele sich aber um den Inhalt von Kulissenbesprechungen im Reichstag, die sehr eifrig zwischen maßgebenden Vertretern der Parteien der Mitte und Personen aus der Umgebung des Reichskanzlers erörtert würden. — Das „Berl. Tagebl.“ erklärt in einer Besprechung der Donnerstagsvorgänge im Reichstag, in der vorsichtigen Form, in der der Reichskanzler die kommunistische Interpellation bezüglich der Gerüchte über den Plan einer neuen Nationalversammlung beantwortet habe, habe er die Tatsache bestätigt, daß aus volksparteilichen Kreisen solche Anregungen an die Reichsregierung herangetragen worden seien.

auszuführen, die Wirtschaft nur noch tiefer ins Verderben hineinführen muß, ist die Revision dieses Planes ein Erfordernis wirtschaftlicher Vernunft. Sollen mit der Tributrevision aber politische Geschäfte verknüpft werden, dann sind auch die neuen Revisionsbemühungen von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Leider will gerade Graf d'Orneson mit der neuen Reparations-Zwischenlösung ein politisches Geschäft größten Ausmaßes machen. Zug um Zug mit der Halbierung der Tributlasten soll Deutschland sich erneut auf die bestehende Mängelungleichheit festlegen. Wenn damit auch der Abrüstungskonferenz nicht vorgegriffen werden soll, dann ist doch eine neue offene oder verdeckte Anerkennung des Versailler Vertrags für Deutschland selbst im Rahmen eines Provisoriums unter allen Umständen undisputabel.

Annahme des Wohlfahrtsetats.

Keine beschleunigte Uebertragung der Aufgaben der Mietseinsparungskämter auf die Amtsgerichte.

— Berlin, den 5. Februar 1931.
In der Donnerstag-Sitzung des Preussischen Landtags wurde die Weiterberatung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung durch die zurückgestellten Abstimmungen zum Wohlfahrtsetat unterbrochen. Abgelehnt wurde ein deutschnationaler Antrag, die Aufgaben der Mietseinsparungskämter bis zum 1. Oktober 1931 auf die Amtsgerichte zu übertragen.

Angenommen wurden zahlreiche Ausschüßanträge, die u. a. folgende Forderungen enthalten: Fürsorge für eine hygienisch einwandfreie Wasser- und Abwasserleitung in den Kleinstädten und Landgemeinden; beschleunigte Einbringung eines Reichs-Gebarmen-Gesetzes; Ausbau der Gebührenfreiheit für Krankenscheine auf die Familienhilfe; Schaffung eines staatlichen Instituts zur Bekämpfung der Krebskrankheit; Verabschiedung eines Rentnerversorgungsgesetzes.

In der dann fortgesetzten weiteren Aussprache, die sich bis in die späteren Abendstunden hinzog, wurden wieder zahlreiche Sonderwünsche vorgebracht.

Neue Erbstöße.

In der Umgebung von Kapier haben die Erderstöße neuerdings wieder begonnen. Infolgedessen sind neue Einstürze erfolgt, und die Panik der Bevölkerung hat noch zugenommen.

Beamte des Roten Kreuzes sind der Meinung, daß die Zahl der Toten weit über tausend beträgt.

Kirchennachrichten für Zion.

Sonntag, den 8. Februar 1931. (Sog.)
Vorm. 8 1/2 Uhr: Pastor Meyer; 9 Uhr: Pastor Voigt; 10 Uhr: Pastor Stratenwerth; 11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag 20 1/2 Uhr: Gosen, Gemeinde-Bibelstunde.
Donnerstag 19 1/2 Uhr: Pastor Greve.

Bethel.

— Wer hat eine Geldbörse mit Inhalt und eine Wille in Ophir liegen gelassen?

Nähheres an der Kasse in Ophir.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschaft- und Weltpolitik: Dr. G. Bittel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Polen „untersucht“!

Die polnischen Untersuchungsmethoden zu den Wahlauschreitungen in Ostoberschlesien.

— Kattowitz, 6. Februar. Der Staatsanwalt beim Bezirksgericht Kattowitz begann am Donnerstag mit der Vernehmung von etwa 100 Personen aus dem Landkreis Kattowitz, die während der Wahlzeit durch Aufständische terrorisiert wurden und an ihrem Eigentum Schäden erlitten. Durchweg handelt es sich um Angehörige der deutschen Minderheiten. In den meisten Fällen hat der Staatsanwalt die Geschädigten hinsichtlich des Verlustes an Eigentum auf den Weg der Privatklage verwiesen, da die Täter, wie üblich, in keinem Fall ermittelt werden konnten. Einzelne Geschädigte zogen es auch vor, von einer Klage Abstand zu nehmen, da sie glauben, sonst noch weiteren Belästigungen durch die Aufständischen ausgesetzt zu sein.

* Vom 17. bis 19. Februar finden in der tschechischen Stadt Eibitz Bläso unter Teilnahme Deutschlands Beratungen des Unterausschusses der Eisenbahn-Union über die Revision des internationalen Reglements der Privatbahnen statt.

Halbierung der Tribute?

Falsche Schlussfolgerungen aus einer richtigen Erkenntnis.

— Berlin, 5. Februar.

In Berliner politischen Kreisen besaßt man sich mit einem Vorschlag, den der bekannte französische Politiker Graf Vladimir d'Orneson gemacht hat und der darin gipfelt, Deutschland für die nächsten beiden Jahre die Hälfte der Kriegskriegsbeiträge zu erlassen. Weiter sollen Frankreich und England nach dem Vorschlag des Grafen d'Orneson für die nächsten beiden Jahre ihre Militärausgaben um je ein Zwölftel herabsetzen, wodurch Frankreich eine Milliarde Franken, Deutschland weitere 58 Millionen Mark ersparten soll.

Beachtung verdient dieser Vorschlag zunächst deshalb, als er zeigt, daß die Erkenntnis von der Unmöglichkeit der Durchführung des Youngplans allmählich auch in Frankreich an Boden gewinnt. Niemand hat mehr den Mut, den Youngplan, der einst als Endlösung des Reparationsproblems angepriesen wurde, als eine Lösung der Tributfrage zu verteidigen!

Die Schlussfolgerungen freilich, die Graf Vladimir d'Orneson aus der an sich richtigen Erkenntnis von der Unmöglichkeit aller bisherigen Reparationslösungen zieht, sind völlig unzureichend. Da der Youngplan nicht zu erfüllen ist und die Fortsetzung der Verträge, ihn

Statt besonderer Anzeige.

Heute mittag 12 Uhr starb nach kurzer, schwerer Krankheit mein lieber Bruder und Schwager, unser guter Onkel und Großonkel, der

**Tischler
Hermann Beckford**

im vollendeten 70. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz:
Karoline Beckford.

Bethel, den 4. Februar 1931.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachm. 3 Uhr von der Friedhofskapelle in Bethel aus statt.

Am Mittwoch, den 4. d. Mts., entschlief sanft nach kurzer Krankheit im Alter von 70 Jahren unser langjähriger, treuer und lieber Mitarbeiter, der

**Tischler
Hermann Beckford**

45 Jahre hat der Verstorbene mit großer Umsicht und Treue vorbildlich gearbeitet. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Gehilfen und Angestellten
der Tischlerei der Anstalt Bethel.

Bethel, den 5. Februar 1931.

2 junge, christliche Mädchen,
19 und 20 Jahre, suchen

Stellung

im Haushalt, waren bisher in
bestem Haushalt tätig.

**Alte Schefe und
Liesbeth Broßel, Hamburg,
Rothenbaumchaussee 183.**

I. bilanzs. Buchhalter

mit langj. Erfahrungen, 34 Jahre,
verh., gläub. Christ, sucht Ver-
trauensstellung, auch als Kas-
sierer, Geschäftsführer usw. An-
gebote unter A 1120 an die
Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Suche zur

Weiterverbreitung

gelesene, evangel. christliche
Zeitschriften.

**Richard Gerhard, Invalide,
Buer-Resse, Ahornsraße 123**

Junger Mann

27 Jahre alt, sucht Stellung in
Anstalt, christl. Hospiz od. dergl.,
war bereits in Alkohollieferanten-
als Wärter tätig, z. Zt. in unge-
fährlicher Vertrauensstellung in Bahn-
hofsverwaltung am Bistett. Gefl.
Aufschriften unter A 1120 an die
Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Schwerkrankenbeschädigter mit
Eigenheim bittet um

Hypothek

von 400,- RM für 8 Jahre
zur Tilgung von Operationskosten.
Auf Wunsch Grundbuchauszug.

**Joh. Grusdt,
Stallpönnen (Dhr.),
Bahnunterführung 8.**

Haus Berghalde in Wernigerode

in schönster Lage, direkt am
Walde, nimmt jederzeit allein-
stehende Damen mit und ohne
Kinder, auch Erholungsbe-
dürftige, für längere oder
kürzere Zeit bei mäßig. Preisen
auf. Gute Verpflegung,
christliches Haus.

**Haus Berghalde, Wernigerode
Bollhalsental 8.**

Wer

kann christliche Persönlichkeit als
Hauslehrer empfehlen? Mel-
dungen an Dr. Reuß, evgl.
Pädagogium, Köslin (Pomm.)

Zum 1. 3. finden Dauerstellung:

1. tüchtiger

Pferdebefleht

mit allen landw. Arbeiten und
Maschinen vertraut,

2. tüchtiger

Knecht

der melken kann, oder ebensolche

Magd

für Stall- und Feldarbeit. —
Nur christlich geistigte Bewerber
mit guten Empfehlungen wollen
sich melden.

**Anstaltsgut Köthof
bei Schmalkalen.**

Bei bescheidenen Ansprüchen
sucht evang. Schwester

Tätigkeit

Offerten unter Schwester haupt-
postlagernd Nordhausen.

Mein echter

Tüster Vollkornkase

mit 48/52%, Fett i. T. kostet ab heute nur RM
1.00 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Post-
kolli uni. Nachn. Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Stotzka

Dampfmolkerei Jedwillen,
Post Motzweihen. Tüster Niederung.

Arztlich
empfohlen

Pastor Felkes Blutkraft

stärkt Blutarme, Schwache und
Nervöse bekanntlich überraschend
schnell und nachhaltig. Erhältlich
in den Apotheken, wo nicht,
direkte Zusendung ohne Preis-
aufschlag franco gegen Nachnahme

(Mk. 3.50 d. Fl.) durch die allein
berechtigte Herstellerin:

Firma Hermine Schmitz, Duisburg

Fabr. pharmaz. Präparate, gegr. 1903

Ernst Münch, Brackwede

Telefon 2426 Gegr. 1886 Hauptstraße 81
Uhrmachermeister, Optiker

Zentr- und Zentr-Tavannes Uhren

Platura Bestecke, einziges Fabrikat mit einge-
lötetem Silberplatten an den Aufhängestellen

**Moderne Augenoptik, Brillen, Klemmer,
Ferngläser, Theatergläser, Schmuck,
Alfenware, Kristall, Trauringe.**

Auf sämtl. Großuhren und Wecker weitgehendsten
Preis-Abbau.

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik

ERNST DAVID

gegründet 1885

prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille

leiert als Spezialität die von den

= Posaunen-Chören =

bevorzugten Flögelhörner (System Kuhl) sowie in bester
Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch
Pastor Kuhl in seinen „Posaunen ragen“ — Seite 20-26

Katalog und Preisliste gratis.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse:

Dahliaen, Gladiolen, Begonien.

Baumschulartikel:

**Obstbäume, Ziersträucher, Rosen,
Nadelhölzer. — Blütenstauden usw.**

**Gärtnerei und Samenhandlung
der Anstalt Bethel bei Bielefeld**

Unsere Zeit
die Synthese
Geschehen ge-
der modernen
Menschheit sie
sich in der so-
schaftsaufgabe,
Seele des Ar-
nahm dem Ar-
fenschaft raubt
nen, aus dem
haben fast in
als die äußere
Materialismus
die Arbeiterfes-
Geistesleben
taferei sei, ik-
macht seitdem

Es war ein
sich der Klassen
auch das Zeit-
nahm. Die n-
Arbeiterführer
Intelligenz de-
Mensch ist das
reihe, die vom
heraus handel-
vollem Bewußt-
von edlen und
wollten Klassen
war eine Entw-
des logischen
genommen hat
sucht vor dem
ismus hatte
„Alles, was sich
steht nicht. De-
nachweisen, folg-
an Gott ein u-
Menschheit lieg-
des Diesseits, in
der Gedanke
tauchen. Im
Glückseligkeit
alles. Darum
den das Heil.
Menschen es, in
sie den Glaube
kurze Vorberei-
Aber auch der
sich aus demselb-
hatte das schön-
dort oben groß-
Materialismus
wissenschaftlich
die Kernsten ha-
sich der Arbeiter
wahr? Also d-
weiter als die
mes Gebahren
sich selbst ein b-
der Arbeiter, ha-
verfälschten Ver-
das, was die
längst gemußt

Auch die chr-
den Arbeitern
sie forthin nur
schichten in Ge-
der nachfolgend
in unveränderte
mußte trotz alle-
Dingen in ihr
erwachte Mistr-
Geistesleben. V-
ihnen als Mitte
stehenden Zustän-
über war die
sie sah in der
Aber die Men-
Selbständigkeit
sein, das zeigte
nämlich das, w-
reichung wirtsch-
muß der Führer
blick verloren
Existenz gesicher-
Frage gelöst. T-
schen der Beweg-
für sie die Not
daß noch mehr
das war der Ge-
Im Klassenbew-
Menschenwürde
sein, in andere
dem Kraft, Be-
weihen, und de-
Klasse auf die
zutragen.

Beilage des Aufwärts

Nr. 32.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 7. Februar 1931.

13. Jahrgang.

Die neue Synthese des Lebens.

Unsere Zeit wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis ihr die Synthese zwischen dem materiellen und dem geistigen Geschehen gelungen ist, weil die unheilvollen Wirkungen der modernen Wirtschaft auf die geistige Haltung der Menschheit sie gebieterisch verlangen. Darum handelt es sich in der sozialen Frage um mehr als um eine Wirtschaftsaufgabe, sondern ebenso sehr um die Rettung der Seele des Arbeiters. Die wirtschaftliche Entwicklung nahm dem Arbeiter die Freude am Dasein, aber die Wissenschaft raubte ihm das Jenseits, und die damit gegebenen, aus dem Innern kommenden seelischen Erregungen haben fast in stärkerem Maße formend auf ihn eingewirkt als die äußeren Nöte. Die verheerenden Wirkungen des Materialismus auf unser Volk, vor allen Dingen aber auf die Arbeiterklasse fanden in der Ueberzeugung, daß alles Geistesleben eine Ideologie, d. i. eine gedankliche Phantasterei sei, ihren Ausdruck. Und diese Ueberzeugung macht seitdem tief unglücklich.

Es war ein Verhängnis, daß in dem Augenblick, als sich der klassenbewußte Arbeiterstand zu bilden begann, auch das Zeitalter des Materialismus seinen Anfang nahm. Die neue Wissenschaft wurde begierig von den Arbeiterführern ergriffen und von der unverbrauchten Intelligenz der Arbeiterklasse wohl verstanden. Der Mensch ist das letzte Glied in einer langen Entwicklungsreihe, die vom instinktmäßigen aus dem Unterbewußtsein heraus handelnden Tier bis zum Menschen reicht, der aus vollem Bewußtsein sein Werk schafft. Wer durfte noch von edlen und unedlen Menschen, von Natur- und gottgewollten Klassen- und Standesunterschieden reden? Hier war eine Entwicklung abgeschlossen, die mit der Anbetung des logischen Denkens in der Aufklärung ihren Anfang genommen hatte. Der Liberalismus hatte dann die Ehrfurcht vor dem Irrationalen beseitigt, und der Materialismus hatte nur die weiteren Konsequenzen gezogen: „Alles, was sich nicht verstandesmäßig beweisen läßt, besteht nicht. Das Vorhandensein der Seele läßt sich nicht nachweisen, folglich ist sie nicht da. Ebenso ist der Glaube an Gott ein überkommener Aberglaube. Das Ziel der Menschheit liegt nicht im Jenseits, sondern allein im Glück des Diesseits, im Genießen der Gegenwart. Damit mußte der Gedanke der klassenbewußten Arbeiterklasse aufleben. Im Kampf um die Erreichung der irdischen Glückseligkeit bedeutet der einzelne nichts, die Masse alles. Darum liegt nur in der Solidarität aller Arbeitenden das Heil. In früheren Jahrhunderten ertrugen die Menschen es, in die Sklaverei verkauft zu werden, weil sie den Glauben hatten, daß dieses Leben ja nur eine kurze Vorbereitungszeit für eine herrliche Ewigkeit sei. Aber auch der Leibeigene der späteren Jahrhunderte fand sich aus demselben Grunde mit seiner Lage ab. Die Kirche hatte das schöne Wort geprägt: „Die hier gedienet, sind dort oben groß.“ Nun kam aber die Wissenschaft, die den Materialismus hervorbrachte, und sagte ihnen, daß es wissenschaftlich nachzuweisen sei, daß alles das, auf das die Menschen hofften, auch eitel Hirngespinnst sei. Da sah sich der Arbeiter von allen Seiten genarrt. Auch das nicht wahr? Also die Priester des Christentums auch nichts weiter als die Verbündeten der Macht haben! Ihr frommes Gebahren erschien als heuchlerischer Betrug. Um sich selbst ein behagliches Dasein zu schaffen, so sagte sich der Arbeiter, haben sie an den ärmsten Volksgenossen verwerflichen Verrat geübt; denn daß der studierte Geistliche das, was die Wissenschaft jetzt auch den Arbeitern sagte, längst gewußt hatte, erschien außer allem Zweifel.

Auch die christliche Religion und die Bibel erschienen den Arbeitern jetzt in einem feldamen Lichte. Man sah sie fortan nur noch an als Mittel, die untersten Volksschichten in Gehorsam zu halten. In der Arbeiterpsychologie der nachfolgenden Jahrzehnte ist diese Gedankenrichtung in unveränderter Weise erkennbar. Religionsfeindschaft mußte trotz aller Beteuerung der Toleranz in religiösen Dingen in ihr vorhanden sein. Aber daneben stellte das erwachte Mißtrauen nun eine Skepsis gegen das gesamte Geistesleben. Auch die Kunst und das Recht erschienen ihnen als Mittel der Gesellschaft zur Erhaltung der bestehenden Zustände. Selbst dem Erziehungsweisen gegenüber war die Arbeiterklasse von Mißtrauen erfüllt, denn sie sah in der Schule nur den Büttel des Klassenstaates. Aber die Menschen vermögen ohne den Gedanken einer Selbstständigkeit des Geisteslebens auf die Dauer nicht zu sein, das zeigte sich auch in der Arbeiterbewegung. Wenn nämlich das, was den Arbeiter bewegt, nur in der Erreichung wirtschaftlicher Dinge seine Grenzen hat, dann muß der Führer der Bewegung jedesmal in dem Augenblick verloren gehen, wenn er sich eine gut bürgerliche Existenz gesichert hat. Für ihn ist dann ja die soziale Frage gelöst. Daß es nicht so gewesen ist, daß also Menschen der Bewegung treu bleiben konnten auch dann, wenn für sie die Not des Daseins nicht mehr bestand, beweist, daß noch mehr in dem Bewußtsein schwingen mußte, und das war der Gedanke der klassenbewußten Arbeiterklasse. Im klassenbewußtsein sucht der einzelne Arbeiter seine Menschenwürde zu bewahren. Das Ziel kann für ihn nicht sein, in andere Gesellschaftsschichten einzudringen, sondern Kraft, Bestand und Liebe muß er dieser Klasse weihen, und der letzte Sinn seines Lebens ist es, diese Klasse auf die Stufe der höchsten Menschlichkeit emporzuführen.

Diese Lehre wird von der klassenbewußten Arbeiterklasse mit einer fatalistischen Kraft geglaubt, obgleich sie sich sagen muß, daß dann, wenn alles Geistesleben Ideologie ist, es mit ihrem Ideal nicht anders sein kann. Sie fühlt es, doch sie will es nicht sehen, aber die Seele des Volkes ist krank. „Ich mag nicht leben, es bietet mir nichts, ich mag nicht sterben, denn im Tode finde ich auch keine Hoffnung. Was soll all der Schmerz, wenn keine Lust ihn lindert?“ so klagt sie. Das Leid bringt den Charakter hervor, aber ohne Freude bildet sich kein Geist. Es war keine Wohltat für den Arbeiter, daß ihm der Glaube an die Wirklichkeit des Geisteslebens genommen wurde. Die Ideale, die er sich schaffte, vermögen ihm keinen Ersatz zu geben. Die raube Wirklichkeit des Lebens treibt ihn in den Kampf; aber dieser Kampf, der nur um materielle Güter geführt wird, erhebt und bessert den Menschen nicht, sondern er zieht ihn hinab in niedrigste Leidenschaft und entartet seine Triebe.

Es hat eine Zeit gegeben, wo es als eine gesicherte wissenschaftliche Errungenschaft galt, daß die Wirklichkeit des selbständigen Geisteslebens eine Ideologie sei. Heute ist diese Welle des Materialismus vorübergerauscht. In der Wissenschaft wird heute das Geistesleben fast restlos nicht mehr als Teil des materiellen Geschehens registriert, sondern als etwas selbständig für sich Bestehendes. Trotz der gegenseitigen Einwirkungen der beiden aufeinander erkennt man heute Materie und Geistesleben als unterschiedliche Gebiete an. So zeigt uns die soziale Frage ein Doppelland; ihre Lösung gibt den Menschen beides: die wirtschaftliche Befreiung und die Möglichkeit, die verlorene Seele wiederzufinden.

Noch zeigt sich von keiner Seite die Hilfe, und vielleicht wird die ganze Tragik unserer Zeit erst einem späteren Jahrhundert voll bewußt werden. Ganz unwillkürlich werden unsere Blicke in die deutsche Vergangenheit zurückgeworfen. Ähnliches wie heute erlebte unser Volk in den Zeiten nach dem Dreißigjährigen Kriege. Es fehlte damals wie heute an Persönlichkeiten, die einen Aufschwung des geistigen Lebens hätten vermitteln können. Die geknebelten Schichten im Volk waren allein nicht imstande, sich des unbegrenzten Despotismus der Fürsten zu erwehren, weil sie von denen verlassen wurden, die ihnen Führer hätten sein müssen. Geistliche und Gelehrte buhlten um die Gunst der absoluten Herrscher mit Schmeichelei und in knechtischer Unterwürfigkeit. Der Adel stand ganz auf der Seite der Fürsten und nahm an der Bedrückung teil. Die Künstler suchten nicht das allgemeine Menschliche, sondern sie stellten ihre Kunst in den Dienst der Verherrlichung des Landesfürsten. So konnte sich ein unfittliches System lange erhalten, denn wirtschaftlich zerstörte Existenzen finden nicht die Kraft zur befreienden Tat.

Der Absolutismus ist nicht mehr, aber das System lebt noch und nur darum, weil diejenigen, die die Kulturaufgaben der Gegenwart, die in den geistigen Strömungen so ungestüm zur Lösung drängen, wohl erkennen, aber aus irgendwelchen Gründen nicht mit dem ganzen Gewicht ihrer Persönlichkeit sich für dieselben einsetzen wollen.

Ungesund und gesunder Antisemitismus.

Von O. Bunge-roth.

Man kann dem Nationalsozialismus durchaus sympathisch gegenüberstehen, und den durch seinen Wahlerfolg bewirkten Auftrieb des nationalen Gedankens mit Freuden begrüßen, ohne doch sich alle einzelnen Punkte seines Programms zu eigen zu machen.

Zu den bedenkllichsten Forderungen der Nationalsozialisten gehört nach unserer Ansicht der von ihnen propagierte Antisemitismus, wenigstens in der Form und Tonart, in der derselbe von ihnen gepredigt wird.

So erfreulich es ist, wenn vor einigen Tagen einem unfittlichen Schauspiel gegenüber von den jungen Nationalsozialisten geharnischter Protest eingelegt wurde, so können wir es doch als Christen nicht loben, wenn dieselben Protestler hernach auf der Straße dem erfrischenden Ausruf: „Deutschland erwache!“ den häßlichen Ruf folgen ließen: „Juda verrecke!“ In diesen Schladraus können wir als Christen nicht einstimmen, auch wenn wir der Meinung sind, daß die Emanzipation der Juden am Anfang des vorigen Jahrhunderts einer der verhängnisvollsten Fehler preußischer Politik war.

Der Abgeordnete Straßer hat ja nun, im Namen der nationalsozialistischen Partei, vor einigen Tagen im Reichstag erfreulicherweise erklärt, daß seine Parteigenossen keine Judenverfolgungen beabsichtigten, auch dann nicht, wenn sie einmal die Macht in Händen hätten.

Wie und aus welchem Grunde sind denn überhaupt im Mittelalter die Judenverfolgungen entstanden? Die Geschichte einer rheinischen Stadt, in deren „Judenquartier“ die erste Judenverfolgung erfolgt sein soll im Mittelalter, gibt darüber einen sehr klaren Aufschluß. Schulrat Klein schreibt darüber in seiner Geschichte der Stadt Boppard: „Im Mittelalter betrieben die Juden besonders Geldgeschäfte; sie waren rührige und tüchtige Geschäftsleute und bereicherten sich sehr. Balduin von Trier war nicht der einzige Fürst, der ihre Geschicklichkeit und ihren Reichtum benutzte und sie dabei, natürlich wegen starke Abga-

ben, in ihren Geschäften schützte. Da die Kirche Zinsverleihen verbot, so lag das Geschäft der Geldverleihung anfangs sogar ausschließlich in den Händen der Juden. Dabei herrschten über Zinsen und Wucher die verschiedensten Ansichten. Zur Zeit Karls des Großen galt es als Wucher, wenn 100 Prozent genommen wurden. Bei mangelnder Aussicht wurde aber oft noch mehr berechnet, z. B. für 10 Schilling = 120 Pf. wöchentlich 5 Pf. Zinsen. In der Regel aber wurden die Zinsen von der Stadt- oder Landesbehörde bestimmt. Auf den Städtetagen zur Zeit des Interregnums wurde beschlossen, kein Jude dürfe mehr als 2 Denare wöchentlich vom Pfund nehmen (das waren 43 1/2 Prozent), hatte er aber einen Vertrag auf ein Jahr geschlossen, vier Unzen vom Pfund, das waren 33 1/2 Prozent (12 Unzen = 1 Pfund).

Bei dem Volke erregte die durch derartigen Wucher unterstützte Bereicherung der Juden Neid und Unwillen. Auch verbreiteten sich Gerüchte über Frevel, die an Christenkindern und geweihten Hostien von Juden begangen sein sollten; man schrieb ihnen auch Verpestung und Vergiftung der Brunnen zu. So wenig glaubhaft auch die Gerüchte waren, sie wurden als richtig angenommen und das Volk war in einer gereizten Stimmung gegen die Juden. Wenn das Veranlassung gab, über die Juden herzufallen, sie zu martern, zu töten und zu berauben, so frevelte man gegen den Landesherrn, dessen „Eigentum“ die Juden waren. Im Reiche galten dieselben als des Kaisers „liebe Kammerknechte“, und, als der Kaiser, wie andere Regalien, auch die Juden an die Fürsten abtrat, fielen sie unter deren Schutz. Es war deshalb weniger Humanität als Eigennutz, der die Fürsten zum Einschreiten gegen die Judenverfolgungen bewog.“

Das war im Mittelalter. Aber lange nach der um 1804 in Preußen von Hardenberg inaugurierten Emanzipation der Juden, die allerdings erst 1869 vollendet wurde, schrieb die „Allgemeine Zeitung“ über die Geldmacht der Juden, nämlich am 14. August 1857: „Es ist der nationale Unterschied, auch israelitischerseits noch durch den religiösen Verband gestärkt, welcher Juden und Europäer voneinander trennt; über anderthalb Jahrhunderte haben nicht vermocht, den Israeliten in Deutschland, Oesterreich, England, Frankreich oder Italien ihre nationalspezifische Neugierlichkeit zu nehmen. . . Hoffentlich besitzen wir gegenwärtig in Deutschland keinen Staatsmann mehr, der nicht den Handel als einen der wichtigsten Momente des Nationallebens ansieht. . . Allein wir hoffen nicht minder ernstlich, daß es keinen Staatsmann in Deutschland gibt, der den Handel, wie überhaupt die Volkswirtschaft, zum einzigen Inhalt unseres nationalen Daseins zu erheben die Absicht hat. (Diese Auffassung war bekanntlich dem Juden Rathenau, der allerdings kein offizieller Staatsmann war, vorbehalten. D. W.) Die körperliche Welt ist überall nur das Mittel, die Trägerin der geistigen Welt; ein bloßes Krämervolk ist sicher das inhaltsleerste und das verächtlichste.“

In diesem Sinne äußerte sich also noch 1857 die „Allgemeine Zeitung“ über und gegen die Geldmacht der Juden. Interessant ist übrigens, daß im Jahre 1848 Vorurteile gegen die Geldmacht der Juden und gegen das „Staatsbürgertum“ derselben erfolgt waren, was sich nur daraus erklären läßt, daß die Demokraten von 1848 ganz andere Leute waren, wie die heutigen Demokraten und gesunden nationalen Sinn genug besaßen, um die völlige Gleichberechtigung der Juden als etwas zu empfinden, was der Wohlfahrt der Nation und ihrer deutschblütigen Bevölkerung stracks zuwider lief.

Wenn wir deshalb einen Antisemitismus verwerfen müssen, der bei dem Botanismus in die Schule gegangen ist und das alte Testament verächtlich macht, so glauben wir doch an die Berechtigung eines gesunden Antisemitismus, wie ihn vor allem Adolf Stöcker vom Anfang der um 1876 beginnenden antisemitischen Bewegung an vertreten hat.

Nicht Zidenhaft predigte Stöcker, der andererseits ja durch und durch von dem Wert christlicher Judenmission erfüllt war, sondern nur eine Einschränkung jüdischen Einflusses in Staat und Volksleben: „Etwas mehr Bescheidenheit“, das war doch die Grundforderung Stöckers, etwas mehr Bescheidenheit von Seiten der Juden, die schon damals den Verlust machten, auf die Führung der Staatsgeschäfte bestimmend einzuwirken.

Nichtig scheint uns die Forderung der Alldeutschen zu sein, die wiederholt von ihrem Führer, Justizrat Claß, erhoben worden ist, und die im wesentlichen darauf hinausläuft, die Juden unter Fremdenrecht zu stellen. Die logische Folge würde allerdings sein, daß die Juden ihr Gastrecht durch höhere Steuern bezahlen müßten, was ihnen ja nicht allzuschwer fallen dürfte, weil Geld allezeit der Artikel gewesen ist, an dem es ihnen am wenigsten gefehlt hat und der bei ihnen jedenfalls reichlicher vertreten ist, als der Artikel „Bescheidenheit“.

Sollten wir, worüber die Ansichten der Aufwärtsleser auseinander zu gehen scheinen, einmal wieder ein Volksheer und allgemeine Dienstpflicht erhalten, so könnten ja die Juden gegen Erhebung höherer Steuern von der Militärpflicht entbunden werden, um so mehr, als sie keinen übertriebenen Wert auf Ableistung derselben legten. Dieser Vorschlag klingt wie Hohn, hat aber einen historischen Vorgänger, Friedrich Wilhelm III. befreite nämlich, gegen die Erhebung höherer Steuern, die Israeliten während der Freiheitskriege,

Wie die „Alldeutschen Blätter“ erzählen, von der militärischen Dienstpflicht. Das Interessanteste dabei aber ist, daß dies auf Wunsch der in Preußen lebenden Juden geschah. Es kann also keine beleidigende Handlung gegen die Juden dargestellt haben.

Zu D. Dr. Hermann Menge's 90. Geburtstag.

Von Prälat D. Groß, Stuttgart.

Wenn am 7. Februar dieses Jahres der greise D. Dr. Menge in Goslar seinen 90. Geburtstag feiert, so wird es ohne Zweifel eine Feier des innigsten und zugleich demütigsten Dankes sein. Ist er doch einer der glücklichsten Menschen, die auf den Gang ihres Lebens mit freudiger Zuversicht zurückblicken, daß sein ganzer Verlauf nach göttlichem Plan sich gestaltet hat.

Als der junge Philologe nach vollendetem Studium an der Universität Göttingen im Jahr 1864 seine Laufbahn als Gymnasiallehrer begann, konnte es scheinen, als ob seine Bestimmung ausschließlich darin läge, der ihm anvertrauten Jugend zu gediegener Ausbildung in den alten Sprachen und zugleich zu einer tüchtigen Gesinnung zu verhelfen, und nebenbei noch durch Veröffentlichung wertvoller Lehrbücher den Unterricht in der klassischen Philologie in dankenswerter Weise zu fördern. Ich erinnere mich noch sehr wohl meiner ersten Bekanntschaft mit dem Namen Menge. Es war ein dickes Buch über lateinische Stilistik, das mir diese Bekanntschaft vermittelte. Wir haben im Seminar eine Fülle von Kenntnissen daraus geschöpft und es hat mir den Eindruck hinterlassen, daß der Verfasser ein sehr gelehrter Mann und zugleich ein Meister der Didaktik sein müsse. In der Tat ist der Name Menge zunächst durch eine Reihe solcher Veröffentlichungen bekannt geworden.

Aber darin sollte sich nun eben sein Dienst für die Allgemeinheit nicht erschöpfen. Vielmehr ist es ganz merkwürdig, wie er im Laufe der Jahre zu dem Hauptwerk seines Lebens, der Menge'schen Bibelübersetzung, vorberichtet und geleitet worden ist. Das erste, was Vorbedingung für einen Bibelübersetzer sein muß, die Gewöhnung an peinlichste Sorgfalt in der Erforschung des Textes mit Benützung aller zugänglichen Hilfsmittel, war ihm schon durch sein Studium und die beständige philologische Arbeit in seinem Beruf in Fleisch und Blut übergegangen. Außerdem aber war er dann auch noch ganz ohne sein Zutun veranlaßt worden, den Unterricht in Hebräisch an den Oberklassen des Gymnasiums zu erteilen, wodurch er mit dieser Sprache aufs gründlichste vertraut wurde. Und endlich hat ihn Gott auch dazu geführt, daß seine kirchliche Gesinnung, die er von Hause mitbrachte, sich vertiefte zu einem herzlichen Verlangen, so in die Kenntnis des göttlichen Wortes einzudringen, daß er persönlich sich über sein Verhältnis zu Gott klar und seiner Gotteskindschaft gewiß werden möchte. Er selbst erzählt darüber, daß er (was allerdings für einen kirchlich gesinnten Philologen merkwürdig ist) bis zu seinem 60. Lebensjahr nie im griechischen Neuen Testament gelesen habe, daß ihn dann aber bei der Ausarbeitung von Morgenandachten für die Schule mit einemmal der Gedanke gepackt habe, daß es doch eigentlich eine Schande für ihn sei, mit diesem Buch nicht näher bekannt zu sein. Das gab ihm den Anstoß, sich nun aufs intensivste mit dem Studium des Neuen Testaments zu befassen. Frucht dieser Arbeit, der er sich nach seiner Pensionierung im Jahre 1900 immer ausschließlich zuwandte, war eine Uebersetzung des Neuen Testaments, die zunächst in einem Prachtband erschien, aber merkwürdigerweise nur einen ganz geringen Absatz fand. Das hat aber den für seine Uebersetzungstätigkeit begeisterten Mann so wenig entmutigt, daß er, einer inneren Eingebung folgend, vielmehr den Entschluß faßte, nunmehr auch das Alte Testament ins Deutsche zu übertragen, um dem deutschen Volk die ganze Bibel in neuer Uebersetzung darzubieten. Allerdings konnte er sich damals noch durchaus nicht vorstellen, wie er für sein Werk einen Verleger finden sollte, und als nach zwölfjähriger mühevoller Arbeit die Uebersetzung fertig war, verschloß er sie zunächst in seinem Schreibtisch. Aber er war gutes Muts und wartete geduldig, bis Gott ihm den Weg zeigen würde, auf dem sein Buch ans Licht der Öffentlichkeit kommen sollte. Und Gott hat ihm den Weg bereitet. Es ist ganz seltsam zugegangen, wie das Manuskript durch eine merkwürdige Verkettung der Umstände in den Besitz der Württ. Bibelanstalt gelangte und wie diese nach anfänglichem Zögern zu dem Entschluß kam, es zu veröffentlichen. Und nun sind seit dem Jahr 1926 schon über 100.000 Exemplare der Menge-Bibel ins Volk hinausgegangen, und noch immer ist die Nachfrage nach ihr unvermindert geblieben. Wie hoch Menges Arbeit auch von wissenschaftlicher Seite gewertet wird, beweist die Verleihung der theologischen Doktorwürde durch die theologische Fakultät in Münster in Westfalen an ihn. Noch wichtiger aber ist es, daß tatsächlich das Buch schon unzähligen Bibellektern zu reichem Segen hat werden dürfen. Das ist das schönste Geburtstagsgeschenk für den neunzigjährigen, der noch immer in geistiger Frische um die Verbesserung seines Werkes sich bemüht.

Als ich ihn vorigen Herbst in Goslar besuchte, durfte ich mich zu meiner großen Freude davon überzeugen, daß er trotz seines hohen Alters noch merkwürdig rüstig und voll jugendlicher Begeisterung an der Arbeit ist. Er hat sich einen fröhlichen Humor bewahrt und in seinem ganzen Wesen liegt etwas Sonniges und Zuversichtliches, das seinen Grund in der festen Ueberzeugung hat, Gott habe ihn zum heiligen Dienst fürs deutsche Volk berufen und seinen Lebensgang daraufhin angelegt, daß er für dieses, sein letztes großes Werk nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich tüchtig werden durfte. Darum ist es nichts als reine dankbare Freude, mit der er auf die 90 Jahre seines Lebens zurückblickt. Möge ihm diese Frische und Freude ungetrübt erhalten bleiben bis an sein Lebensende, und

täglich das Wort an ihm in Erfüllung gehen: „Es soll aber der Ackermann, der den Acker baut, der Früchte am ersten gentehen.“ (2. Tim. 2, 6.)

Aus katholischem Lager.

Gewiß haben wir Evangelische, wenn je, so jetzt alle Ursache, auf der Hut zu sein gegenüber dem, was aus katholischem Lager kommt. Denn ohne Frage rüstet sich Rom zum Endkampf gegen das Evangelium. Dennoch kann ich nicht umhin, auf ein katholisches Buch aufmerksam zu machen, welches auch uns Evangelischen viel zu sagen hat. Es ist das Buch von Lisbeth Burger aus dem Bergstadtverlag Wilhelm Gottlieb Korn, Breslau: *Der zehnjährige Storchentante*. Aus dem Tagebuch einer Hebamme. Preis 6 RM. Als ich das gutempfohlene Buch aufschlug, tat ich es nicht ohne ein geheimes Lächeln. Was kann von einer Hebamme Gutes kommen? Aber sehr bald war ich nicht nur angenehm enttäuscht, sondern aufs Höchste überrascht, aufs Tiefste erschüttert und endlich von lebhafter Dankbarkeit bewegt. Was fand ich vor? Nicht nur eine Sammlung schriftstellerisch glänzend ausgeführter Federzeichnungen von packender Lebenswahrheit und Realistik, sondern die Aufrollung des gesamten Eheproblems von solcher Tapferkeit und Wahrheitsliebe, wie ich sie nur allen evangelischen Autoren wünschen könnte. Gewiß ist manches im Buch auch spezifisch katholisch gesehen, so z. B. das Mischehenproblem, aber auch die spezifisch katholischen Partien sind von solcher kindlichen, fast möchte man sagen naiven Frömmigkeit, daß man seine Freude dran haben kann. Dabei vermag ich eine Bemerkung nicht zu unterdrücken: Bringt die katholische Kirche gerade in Behandlung der Ehefragen nicht eine größere Tapferkeit auf, als die bisher oft genug staatlich gebundene evangelische Kirche? Aber ganz abgesehen von dem spezifisch Katholischen ist das Durchdringen des ganzen einschlägigen Gebiets vom schlicht christlichen Standpunkt, wie wir's in Lisbeth Burgers Buch finden, eine höchst bedeutsame Erscheinung. Wie mir scheint, kann hinfort kein christlicher Sexualtheoretiker an diesem Buche mehr vorübergehen. Aber auch der antichristliche Sexualphysiologe wird das Buch nicht übergehen können. In der Tat wünschte ich mir Ellen Key sowohl wie Dr. Magnus Hirsch zu den Füßen dieser Hebamme, deren Einfachheit die Weisheit jener beschämt.

Indem ich das vorausschicke, kann ich der Versuchung nicht widerstehen, dem geeigneten Leser zu einem, wenn auch nur flüchtigen Gang durch das reichhaltige Tagebuch Lisbeth Burgers einzuladen.

„Ich, die alte Lisbeth Burger bin nun 40 Jahre Hebamme gewesen in einem großen Landort“ beginnt das Buch. Reizend ist die Schilderung, wie Lisbeth Burger vom ehrwürdigen Ortspfarrer bewogen wird, Hebamme zu werden. Die Mutter, eine verwitwete Lehrerin, hat eine Fülle von Bedenken. Aber schließlich willigt sie ein. Nun bezieht Lisbeth Burger die Hebammenschule und kommt nach wohlbestandenem Examen in ihr Heimatdorf zurück. Von den Ortseinswohnern als Mädchenhebamme mit allerlei Vorurteilen empfangen, weiß sie sich durch ihre Tüchtigkeit trotz des unlauteren Wettbewerbs ihrer Siebzugjährigen, Wein und starke Getränke liebenden Vorgängerin durchzusetzen, und macht nun an 2283 Wochenbetten ihre reichen, man möchte sagen, überreichen Erfahrungen.

Und nun treten sie filmartig vor uns auf, alle diese tapferen, heldenhaften, tüchtigen, aber auch leichtfertigen, verdorbenen, ja verbrecherischen Mütter. Und zwar in der Stunde, in der aller Firnis der Kultur fällt und das Weib ganz Weib wird. So sehen wir alle diese hoffenden und werdenden Mütter weinen und lachen, beten und fluchen in buntem Durcheinander und ihnen zur Seite diese tapferen mütterliche, aber keineswegs zimperliche Freundin und Helferin, welche zugleich Erzieherin der ihr anvertrauten Frauenwelt ist. Wir gewinnen einen erschütternden Einblick in Freud und Leid, Kampf, Sieg und Niederlage auf dem Gebiet der Mutterchaft, wie sie durch das Eindringen der materialistisch-bolschewistischen Flut aufs äußerste bedroht ist. So ist Lisbeth Burgers Buch naturgemäß in erster Linie ein Frauenbuch. Möchte es in vieler junger Frauen Hände gelegt werden, damit ihnen Sinn und Würde der Mutterchaft neu aufgeht.

Aber Lisbeth Burgers Frauen- und Mütterbuch ist nicht minder ein Männerbuch. Möchten unsere modernen Sexualliteraten vom Verfasser des „Reigen“ bis zu den Verfassern von „Epanthali“ und „Fröhlicher Weinberg“ einschließlich Sexualökonomien wie Lindsen und Genossen bei dieser Hebamme zur Schule gehen! Sie würden Gelegenheit haben, Männerstudien zu machen, die ihre Phantasie wertvoll befruchten könnten.

Mit unerhörtem Freimut schildert diese Hebamme-Schriftstellerin neben weiblicher Lüsterheit und Sprödigkeit, Hitze und Kälte, männliche Brutalität, Frivolität und verbrecherischen Egoismus, daß man als Mann um der Blöße seines Geschlechts willen aus Scham in den Boden sinken möchte.

Gewiß ist's kein Buch für Backfische, aber bei der Durchleuchtung der heutigen Welt mit literarisch sexueller Persönlichkeit kann das Hebammenbuch auch der reifen Jugend, Jungmännern wie Mädchen, nur nützen.

Den literarischen und moralisch-ethischen Höhepunkt gewinnt die Schilderung beim Abschnitt, der die Ueberschrift trägt: „Zerstücktes Heiligtum“. Ein junges Weib von 30 Jahren, das viel auf dem Gewissen hat, liegt im Sterben. Sie phantasiert: „Jetzt ... jetzt kommen sie wieder ... eins nach dem andern, eins, zwei, drei ... das ist schon groß, fast ausgewachsen ... vier, fünf, sechs, sieben, acht, ... dem ist der Kopf abgerissen, nun trägt es ihn in der Hand ... neun, zehn, dem sind die Beine weg, es bewegt sich doch, ist mitten entzwei und blutet, elf, zwölf, und jetzt nur ein Arm, ein Bein ...“ Aber man lese selbst und staune erschüttert über diese, ich wage zu sagen, Shakespeare'sche Gewalt der schriftstellerischen Darstellung.

Ja, Lisbeth Burger ist Schriftstellerin von ungewöhnlicher Kraft. Aber sie ist mehr als das. Sie ist Prophetin, die ihrem Volk den Spiegel vorhält und den Weg weist zur Gesundung und Rettung vor dem Untergang, keinen anderen als die Rückkehr zu den ewig unabänderlichen Geboten Gottes, über die ein sich wissenschaftlich und künstlerisch gebarender Snobismus sich freudig hinwegsetzt.

Wer soll die Storchentante lesen? In erster Linie die Hebammen selbst, sodann Ärzte und Pfarrer, Volkserzieher und Seelsorger. Sodann aber auch unser Volk, Männer, Frauen und reife Jugend, die keine Sensation, sondern Wegweisung sucht und starknervig genug ist, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen.

Lisbeth Burger aber, der alten katholischen Hebamme, der herzgewarmer Dank eines evangelischen Pfarrers! Lz. 2. Thimme.

Nachschrift: Um einen Eindruck der Fülle des Gebotenen zu geben, lasse ich das Inhaltsverzeichnis folgen. Inhalt: Die Storchentante; Mein erster Fall; Ein Dugend; Der Stammbaum; Am Kirmesfest; Sonnenschein; Der Herr Sohn; Geführt; Zu spät; Arbeitslos; Soziale Arbeit; Schon wieder; Der größte Sieg; Der Schatten; Zu viel; Mein einziger, goldiger Schatz; Gottes heilige Engel; Der Mutter Vermächtnis; Gelübt; So dumm; Villa Storchentante; Der erste Schritt; Kindsmörderin; Nichts verloren; Keinen Vater; Bei der Haustaufe; Nie zu alt; Wenn alte Scheunen brennen; Auch bei uns; Josef und Josefchen; Heldenmütter; Urlaubskram; Zurückeroberung; Um Senkersohn; Das zerstückte Heiligtum; Treue Liebe; Neue Zeitaufgaben; Krüppelchen; Trost; Raubtier; Wer sich besser dünkt; Modern; Das einzige Kind; Eine Stiefmutter; Advent; Der brennende Dornbusch.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

„Der Geisteskampf der Gegenwart“. Verlag C. Bertelsmann, Gütersloh. Herausgeber Professor Dr. E. Pfennigsdorf, Bonn. — Von dieser bedeutenden Monatschrift ist hier länger nicht die Rede gewesen. Sie muß aber immer empfohlen werden. Seit 1. 1931 enthält wieder eine Reihe guter Artikel über „Die Wirkung der chinesischen Umwelt auf neu eingeführte Glaubenssysteme“ von Rev. Dr. D. Mc. Gillioren, überführt von D. J. Genähr. „Der Film und seine Beherrscher“ von A. Wiederhorn und andere Aufsätze. Besonders Interesse für Theologen und Missionsleute gebührt ein Brief von Dr. W. Barneck, des Leiters der Rheinischen Batakmission in Sumatra. Probenummern sendet der Verlag gern.

Drei kleine Erzählungsbände von Dietrich Speckmann, Wilhelm Steinhopf und Ernst Zahn. Dietrich Speckmann, *Abendlicht und andere Erzählungen*. — Wilhelm Steinhopf: *Der Niederschlag*. — Ernst Zahn: *Der Besuch, Die Welten und Florentin*. Kein hart je 1.— Mk., Verlag Martin Borned, Berlin W. 9. — 3 schlichte, anspruchslose Geschenkbändchen der bekannten Verfasser.

Dietrich Speckmann, *„Gandersmühlen“*. Reinen 5.50 Mk. Verlag Martin Borned, Berlin W. 9. — Es ist ein großer Reiz, der in der Fülle neuer Werke von Speckmann mitkommen heißt. Menschenfische, wie sie in diesem Roman geschildert werden, sind in unseren Tagen wieder mehr Wirklichkeit als je. Auf dem schönen Mühlgut am See hat man freilich leicht ein wenig gemischelt, bis der völlige Zusammenbruch droht. Dann treten die praktisch handelnden Personen in der Altmüllerin und einem treuen Gehilfen auf und wenden das schlimme Schicksal ab. An dieser Tatsache soll sich auch der Leser aufrechten. Das muß und soll der Zweck des Buches sein. Und damit paßt es in unsere Zeit ganz hinein. D. A.

„Ich hab's gewagt!“ Ein Lutherroman von Emil Uellenburg, 316 S. in Reinen 6.80 Mk. Verlag B. Ott, Göttingen. — Das vergangene Jahr erinnerte wieder in mannigfacher Weise an Luther und sein Werk. In dem vorliegenden Buche werden wir noch einmal in recht interessanter Weise mit dem Leben des Reformators vertraut gemacht. Jugend und Schulzeit, Klosterleben in Erfurt, Worms, Wartburg und dann die ungewollten Folgen in Wittenberg, unter den Bauern und unter den Schwärmern. Die Sprache ist volkstümlich. Das Buch kann Freude machen an dem Gut, das uns durch das Werk der Reformation geschenkt ist. Möchte es in vielen Häusern einkehren.

„Michael Arpad und sein Kind.“ Ein Kinderdrama auf der Landstraße. Geb. 4.— Mk. Verlag D. Gundert, Stuttgart. — Das Buch ist für Kinder von zehn Jahren ab eine gute und spannende Lektüre. Sie lernen etwas von dem Schicksal der Zigeuner kennen, die, ohne Heimat, in der Welt umherziehen. Die Tochter Mafsa aber wächst in dem unruhigen Leben, das sie in die verschiedenen Länder und in allerlei schwierige Lagen führt, doch zu einem Menschenkinde heran, das unverbunden bleibt, und dem noch nach Pflicht und mühevoller Bahn doch vielleicht noch eine bessere Zukunft blüht.

Die 27 deutschen Parteien 1930 und ihre Ziele von Dr. Joh. Sack. Verlag R. Himmelheber & Co., Hamburg 11. Preis 50 Pfg. — Die politischen Wogen gehen hoch. Die Parteien treten in großer Zahl auf. Was wollen die Parteien, was bestimmt ihr Handeln? Antwort gibt diese Broschüre, die auf Grund authentischen Materials eine Uebersicht über die Programme der einzelnen Parteien bietet. Das billige Heft macht es jedem möglich, sich über die Hauptpunkte des Wollens der Parteien zu unterrichten.

Widstrahlen zum Schriftverständnis 1931. Eine Handreichung für die tägliche Hausandacht auf das Jahr 1931. Preis in Vierteljahrsheften je 20 Pfg. für das ganze Jahr in einem Heft gebunden 1.— Mk., Ganzleinen 1.80 Mk. — *Küster'sche Jugendbundes für 1931*. Kart. 1.80 Mk. Beide Hefte im Verlag Jugendbundschriftleitung in Woltersdorf bei Ebneth (Mark). — Wertvolle, in die Tiefe der Bibel einführende Hefte des Jugendbundes für entschiedenes Christentum, die jedem ernstlichen Bibelleser in dem täglichen Bibelstudium helfen können. Besonders behandelt werden die Früchte des Geistes und die Gestalt des Apostels Johannes in mehreren Wochenheften. Die Widstrahlen erklären die täglichen Bibelabschnitte des Themabuches des Jugendbundes, die Rüstkammer, bestimmt für geförderte Bibelleser und für Leiter der Bibelbesprechungen, behandelt und vertieft die Wochenheften und macht dieselben durch gute Beispiele anschaulich.

Um Wahrheit und Wirklichkeit von Eduard Juhl, Pastor und Bundeswart des westdeutschen Jünglingsbundes. Verlag Friedrich Bahn, Schwerin i. Mecklbg. Preis kart. 2.— Mk., geb. 2.80 Mk. — Mit ganzem Wirklichkeitsverstand weiß der Verfasser die Not unserer Zeit und die Schwäche jedes Einzelnen aufzuweisen, um uns alle falschen Stützen zu rauben und vor die letzte Wahrheit vor Christus zu stellen. Diesem Buche merkt man das schwere Erleben des Verfassers im Kriege an. So spricht nur einer, der die ganze Wirklichkeit des Lebens, aber auch die wahre Rettung in Christus erfahren hat.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Nr. 33.

Nicht, da
Sonne,
Morgens
Treib hin
Zeuch in
Wald die

Die Süß

Gott, e
Wer d
umsonst.

In einem v

chismus wird e

„Es gibt Leute,

mitzunehmen.“

meisten Mensch

Welt umherzie

Abend beschäft

müt. Heißt da

sen?“ Solches

Seele zu kurz

den brennenden

hen geradezu d

Befimmung kom

erzigen Gott er

sen enthält die

Gott, nach Dir

tungen, ihre S

ses schlichten V

Menschen nach

Phantasie in B

suche der Mens

den und zu ver

Aber im Du

Der helle Loda

erfrischender M

des Lebens um

achtete Evange

mat und bei

scheint uns oft

türliche und der

Gottes kann ei

über erleuchten

ger Geist, sein

werden will, u

eigentlich brau

sein Wort. Das

Gott geschaffen

Aber dürfen

gelium locken?

sehnst du spie

Tändeln mit d

dürfen es. De

greifen, dem je

worden ist, der

Gottes über u

wird niemand

und Buße dar

Denn das n

Evangeliums fi

nen wir, wie

heilige Bücher,

Beichten her

hausen; mit u

unserm Dienst

nicht ein Anre

ich in dem und

umsonst, um

um seines heil

köstliche Trun

Für mich ist a

ist nötig. Kon